

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089 z, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 137.

Dienstag den 14 Juni 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 11. Juni 1904.

### Wahlprüfungen. — Petitionen.

Der Reichstag hatte heute Wahlprüfungen und Petitionen auf seiner Tagesordnung. Ueber die Wahlprüfungen kam er sehr schnell hinweg. Abgesehen von der Wahl des Reichsparteilers Dirksen in Kottbus, die von der Tagesordnung abgesetzt wurde, beschloß man fast durchweg debattelos nach den Anträgen der Kommission. Von den Petitionen entfielen nur eine über Änderungen des Fleischbeschaugesetzes eine lebhaftere Diskussion. Der nationalliberale Agrarier Held, der sich als Vertreter von Viehzüchtlern fühlte, machte im Eifer, für diese einen besonderen Vorteil herauszuschlagen, recht niedliche Geständnisse. Zunächst bekräftigte er unter zu duzend Malen in den Rolldebatten wiederholtes Argument, daß drei Millionen deutscher Kleinbauern an höheren Getreidezöllen keinerlei Interesse hätten. Dann gab er zu, daß die Agrarier beim Fleischbeschaugesetz im Wesentlichen den Zweck verfolgt hätten, die Landwirtschaft zu schützen und war so ungeniert, uns noch einen Vorwurf daraus zu machen, daß wir bei diesem Gesetz, das auch nach den heuchlerischen Phrasen der Agrarier nur die Volksgesundheit hätte schützen sollen, wirklich nur für diese gesorgt hätten. Genosse Edmund Fischer (Sachsen) nahm namens unserer Fraktion diese Geständnisse einer schönen Seele mit Dank entgegen. Die Rechte und das Zentrum ärgerten sich und Herr Erzberger suchte seinen Ärger an unserem Genossen Schippel auszulassen. Er las mit der schönen Stimme, die ihn zum angenehmsten Redner des Reichstages macht, aus Schippels Artikeln in der „Chemnitzer Volksstimme“ vor, um diesen als Schwurhelfer für die zollpolitische Haltung des Zentrums zu gewinnen. Aber Genosse Thiele konnte ihm leicht nachweisen, daß, wie abweichend auch die Auffassungen Schippels von der seiner meisten Fraktionsgenossen sind, sie jedenfalls mit denen der deutschen Agrarier aus den Reihen der Konservativen und des Zentrums nicht das Geringste gemein haben. Das mußte am Schluß auch Herr Erzberger zugeben. Schließlich kam es über diese Petitionen so wenig zu einer Entscheidung, wie über die anderen wichtigeren, die heute auf der Tagesordnung standen. Da das Haus beschlußunfähig war, konnte die Linken durch die Drohung auszählen zu lassen, leicht erreichen, daß sie von der Tagesordnung abgesetzt wurden.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Petitionen war das Haus schon um 4 Uhr mit seiner Tagesordnung zu Ende.

Die nächste Sitzung findet erst Dienstag um 2 Uhr statt. Unter anderem stehen die Kolonialbahnen auf der Tagesordnung.

96. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstiche: Kommissare.

Die Abgg. Waffermann (N.) und Blumenhal (Dp.) sind ins Haus eingetreten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Dr. Stodmann (Sp.), von Oldenburg (B. d. Dm.), v. Malcan (K.), Mens (K.), Wommsen (Fg.), Meier-Jobst (Fg.), Horn (N.) und Pothhoff (Fg.) werden debattelos für gültig erklärt.

Erhebungen werden beschlossen über die Wahlen der Abgg. Holz-Saarbrücken (N.), Korfanty (Pole) und Fuchs-Trier (Z).

Die Wahl des Abg. v. Dirksen (Sp.), die die Kommission für gültig zu erklären beantragt, wird auf Antrag des Abgeordneten Genet (D.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Wahl des Abgeordneten Eichhoff (Fg.) wird zu erneuter Prüfung an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgen Petitionen, zunächst eine der Darmhändler, Darmimporture und Wursthändler. Die Kommission beantragt, sie, soweit sie Änderungen des Fleischbeschaugesetzes und Befreiung der eingeführten Därme von der Kontrolle fordern, als Material zu überweisen, soweit sie Aufhebung des Fleischbeschaugesetzes und Erleichterung der Einfuhr frischen Fleisches, insbesondere von Leber und frischen Därmen fordert, zur Tagesordnung überzugehen.

Held (N.) wendet sich gegen jede Wiedereinführung des Einfuhrverbots. Das deutsche Vieh sei durchweg gesund. Im verfeindeten Ausland werde die Fleischschau liebedürftig gehandhabt. 3 Millionen kleiner deutscher Landwirte hätten an den Getreidezöllen keinerlei Interesse. Lebhaft Zustimmung und Lachen h. d. Soz. Viele Bauern haben nur deswegen für die Sozialdemokraten gestimmt, weil sie gegen hohe Kornzölle waren. Aber das Vieh müssen wir schützen, und deshalb hat es mich beunruhigt, daß im Zolltarif nicht vor allem Minimalzölle für das Vieh angesetzt worden sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Strombeck (Zentrum) erklärt

Geheimrat Bumm, daß die Regierung auf die Beschau der Därme nicht verzichten könne, da diese schließlich doch in einzelnen Fällen als Nahrungsmittel dienen.

Fischer-Sachsen (D.): Das Argument, das wir gegenüber dem Zolltarif angeführt haben, daß die große Masse der kleinen Bauern von den Kornzöllen keinerlei Vorteil hat, hat uns jetzt ein agrarisches Mitglied der nationalliberalen Partei als richtig bestätigt. Herr Held hat heute auch zugegeben, daß das Fleischbeschaugesetz nicht im Interesse der Konsumenten, sondern im Interesse der agrarischen Produzenten gemacht worden ist. Er hat uns gleichsam einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir die Gesundheit des Volkes in die vorderste Linie gestellt haben. Wir begrüßen diese wertvollen Zugeständnisse mit Freuden. (Bravo! h. d. Soz.)

v. Staudy (K.): Auch ich habe mich über die Rede des Herrn Held geirrt, weil ich aus ihr entnahm, daß er gegen die Handelsverträge stimmen wird, die nicht genügend hohe Viehzölle enthalten. Im Uebrigen beantrage ich jetzt, über die ganzen Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Erzberger (Z.) schließt sich dem Abg. v. Staudy an. Herr Fischer hat gefordert, daß auch die Hauschlachtungen beaufsichtigt werden sollten. Wo sollen denn aber die vielen Fleischbeschauer herkommen? Seine Belehrungen über die Schädlichkeit der Getreidezölle mag er nur an seinen Parteigenossen Schippel richten, dessen Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme“ uns sehr viel Freude bereiten. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Schippel beweist, daß Getreidezölle notwendig sind, um zu Handelsverträgen zu gelangen, und wie Schippel denken Calmer u. a. Auf den einen Akt der Viehhaucht kann sich die deutsche Landwirtschaft unmöglich legen.

Dr. Müller-Sagan (Fg.) polemisiert gegen den Vorredner. Auch die deutschen Viehzüchter hätten alles Interesse an dem erhöhten Wurstschlag und Verbilligung der ausländischen Därme. In der geräucherten, gekochten und gesottenen Wursthaucht hat noch Niemand einen Tuberkelnoten entdeckt. (Heiterkeit.)

Graf Oriola (N.) erklärt sich für den Antrag von Staudy und verteidigt den Abg. Held gegen die Angriffe des Abg. Fischer.

Geheimrat Bumm: Man kann keinen Unterschied nach der Zweckbestimmung des Fleisches machen, wenn es sich um die Kontrolle bearbeiteten Fleisches handelt. Bei den Därmen handelt es sich um solche, die in Fäulnis übergegangen sind oder von gefallenem Tieren stammen. Uebrigens ist die Darmeinfuhr in den letzten Jahren gestiegen.

Thiele (D.): Es ist gar nicht die Rede davon, daß mein Freund Schippel Zölle à tout prix gebilligt hat. Er hat sie von Möglichkeiten abhängig gemacht, die für Deutschland nicht zutreffen.

Fischer-Sachsen (D.): Herr Held hat ausdrücklich gesagt, wir wollen keine Getreidezölle. Das haben wir schon bei den Rolldebatten gesagt und Herr Held hat uns jetzt nur bestätigt, daß wir damals in der Tat die Interessen der deutschen Viehzucht vertreten haben, und daß von den Zöllen nur die Großgrundbesitzer Nutzen ziehen. (Bravo h. d. Soziald.)

Erzberger (Z.): Ich denke gar nicht daran, dem armen Kollegen Schippel, der schon so viel Angriffe zu ertragen hat, seine Stellung noch zu erschweren. Im Gegenteil, ich bewundere seinen Mut, dem Herr Abg. Bebel so viel unangenehme Wahrheiten zu sagen. (Abg. Bebel: Wir hatten ihn ja aufgefördert). Konsequenterweise muß nach den Artikeln der „Chemnitzer Volksstimme“ Herr Schippel zu Getreidezöllen kommen, aber vielleicht macht er einen sozialdemokratisch prinzipientreuen Seitenprung. Zahllose ausländische Sozialdemokraten, unter anderem der alte Greulich, den ich persönlich kenne, haben sich für höhere Getreidezölle ausgesprochen. Herr Fischer meinte, was in Sachen bei der Fleischschau möglich sei, müsse auch anderswo gehen. In Sachsen sind 20 sozialdemokratische Abgeordnete möglich, anderswo nicht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Hildenbrand (D.): Abwarten! Nein, wenn ich warte, dann behält Abg. Pauli recht, dann fliegen Sie noch alle raus. (Heiterkeit.)

Müller-Sagan (Fg.): Nachdem die Mehrheit jetzt über die ganze Petition zur Tagesordnung übergehen will, muß ich Absetzung von der Tagesordnung beantragen.

Für diesen Antrag stimmen die Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Unter großer Heiterkeit des Hauses konstatiert Vizepräsident Graf Stolberg: Das ist die Mehrheit.

Persönlich bemerkt

Thiele-Halle (D.): Ich stelle gegenüber dem Herrn Abg. Erzberger fest, daß auch er nicht mehr behauptet, daß Schippel auf dem Standpunkt des deutschen Zolltarifs steht. Im Uebrigen habe ich kein Gehl daraus gemacht, daß ich in zollpolitischen Fragen den Standpunkt Schippels nicht teile.

Weitere Petitionen betr. Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk, betr. Unterdrückung schlechter Litteraturerzeugnisse und betr. Abänderung des § 175 St.-G.-B. werden auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (Fg.) bezw. des Abg. Graf Gompesch (Z.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (3. Beratung der Münzgesetzesnovelle, 2. Beratung der Kolonialbahnen, Antrag Erzberger betr.

Änderung des Militärstrafgesetzbuchs, 3. Lesung des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte.) Schluß 4 Uhr.

## Rußland und Japan.

Nach einer Laffan-Meldung aus Yokohama befinden sich die Russen vor den Truppen Kuroki überall in der Mandchurei auf dem Rückzuge. Indirekt wird das auch von dem „Russ. Invaliden“ bekräftigt, der amtlich mitteilt, der gemeinsame Vormarsch der Streitkräfte des Generals Kuroki auf der Straße nach Liaojang habe am 7. Mai begonnen. Die Operationsbasis des (russischen) Generals Europatin sei nach Mukden verlegt worden. Ein Vormarsch von dort vor August sei durch die Verhältnisse ausgeschlossen. Kuroki selbst meldet amtlich, daß am 7. Juni die Japaner ohne erhebliche Verluste Seima nordwestlich von Fongwangtscheng besetzt haben. An demselben Tage besetzten die Japaner die Küste bei Raiping. Wie eine Depesche des „Bureau Reuter“ aus Tokio hervorhebt, beherrscht das von den Japanern besetzte Sinen die Straßen nach Raiping und Hattscheng völlig. Saimafse beherrscht die Straße nach Liaojang und Mukden. Auf dieser Straße vorrückend würden die Japaner das von den Russen stark besetzte Motienting-Gebirge umgehen.

Ueber die Lage in Port Arthur liegen auch heute keine zuverlässigen Meldungen vor. Londoner Blätter lassen sich zwar aus Tokio melden: „General Du besetzte die nordwestlichen, die Außenforts von Port Arthur beherrschenden Höhen nach einem heftigen Artilleriekampf und nahm darauf die wichtigen Magazinforts fort“, und auch in Petersburg erhält sich dauernd das Gerücht, daß die Außenforts tatsächlich in die Hände der Japaner gefallen seien. — eine amtliche Bestätigung haben jedoch alle diese Meldungen bisher noch von keiner Seite erfahren. Nach einer Drahtung des „Berl. Lok.-Anz.“ aus Tschifu legen vielmehr die Russen gegenwärtig nahe dem goldenen Hügel neue Befestigungen an und haben eine drahtlose Telegraphenverbindung mit dem Schlüssel in Tschifu eingerichtet. Das letztere scheint ganz besonders zuzutreffen. „Daily Mail“ meldet nämlich aus Tschifu, der japanische Konsul habe entdeckt, daß der dortige russische Konsul jede Nacht einen drahtlosen Telegraphen-Apparat an seine Fahnenstange befestige, um drahtlose Depeschen aus Port Arthur aufzufangen. Es würden diplomatische Verhandlungen in dieser Angelegenheit erfolgen. Nach einer Depesche des Reuterschen Bureaus aus Tschifu ersuchten die ausländischen Nichtkombattanten in Port Arthur die russischen Behörden daselbst, auf dem norwegischen Dampfer „Sentis“ Port Arthur verlassen zu dürfen. Der „Sentis“ ist ein großer Dampfer, der seit dem Anfang des Krieges in Port Arthur ist. Man schließt daraus, daß die Hafeneinfahrt wenigstens teilweise offen sein muß. Reis ist in Port Arthur von 5 auf 30 Rubel gestiegen. 10 000 Chinesen sind noch dort und man macht Anstrengungen, sie auf Dschunken fortzuschaffen.

In Korea halten sich trotz der japanischen Befehle noch immer größere Abteilungen von Russen auf. Nach einer Reuter-Meldung aus Seoul besetzten russische Truppen, die von Kopsan kamen, eine kleine, in der Nähe von Kopsan gelegene Stadt. Sämtliche Kosaken zogen sich nördlich von Hamtschong zurück; ein Teil befindet sich noch in Südschou.

Die zweite innere japanische Krieganleihe ist gleich am ersten Tage voll gezeichnet worden. Die kaiserliche Privatbank und die Bank von Japan zeichneten jede 20 Millionen Yen, eine andere Bank 10 Millionen Yen, der Rest wurde von Privaten übernommen.

Japan bestellte bei den Vereinigten Hebezeng-Fabriken in New York eine vollständige Maschinenanlage zur Kohlenförderung auf Kriegsschiffe. Die Maschinen sind bereits am Donnerstag nach Japan abgeschickt worden.

Dem „Standard“ wird aus St. Petersburg gemeldet: Die englische Regierung legte durch ihren Botschafter bei der russischen Regierung Protest dagegen ein, daß Reis und Nahrungsmittel für Kriegskontrollen erlaubt würden.

Die „Edin. Stg.“ veröffentlichte eine längere russische Zuschrift, wonach die Unzufriedenheit des russischen Volkes nicht nur in oppositionellen, sondern auch in sehr konservativen Kreisen sich fühlbar macht. Die oppositionelle Strömung mache rasche und entscheidende Fortschritte. In zahllosen Aufsätzen russischer Gelehrten wird dargetan, daß der Krieg von einer Reihe einflussreicher Personen heraufbeschworen wurde, die selbsttätige Interessen in Ostasien verfolgen. Die Lage sei sehr ernst; auch in Offizierskreisen mache sich Unzufriedenheit bemerkbar, was aus zahlreichen Briefen von Offizieren aus Ostasien hervorgeht.



General Drogomirov äußerte sich jüngst: „Wie kann es anders sein, wenn unsere Weisen gleichzeitig auf sechs Hasen, den polnischen, finnischen, türkischen, persischen, indischen und nimmere auch auf den mandchurischen Jagd machen.“

### Politische Hundstiche.

Deutschland.

**Vertagung oder Schluss?** Wie dem „Hann. Cour.“ aus Berlin gedrahtet wird, siehe jetzt fest, daß der Reichstag am Donnerstag geschlossen, nicht vertagt wird, falls er die Kolonialbahnen ablehnt. — Falls diese Nachricht sich bewahrheiten sollte, wäre das natürlich ein ganz unzulässiger Druck von Seiten der Regierung.

**Die Angriffe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen,** wie diese bei den Kertzeleis in Köln, Solingen und Leipzig seitens der Aufsichtsbehörden ausgeübt wurden, wollte bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion zum Gegenstand der Besprechung im Reichstage machen und wählte, wie dieses seinerzeit mitgeteilt ist, einen Ausschuss zur Vorbereitung der Frage. Bei näherer Prüfung der Angelegenheit stellte sich jedoch, wie parteiunabhängig dem „Vorw.“ geschrieben wird, heraus, daß man die Debatte nicht auf die Artfrage beschränken dürfe, da zahlreiche andere, zum Teil noch schlimmere Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgt sind. Die Fälle, die aus den Kertzeleis hervorgegangen sind, eignen sich jetzt noch nicht zur Besprechung im Reichstage, zumal das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und möglicherweise noch Remedur durch Entscheidung der höchsten Verwaltungsgerichte geschaffen wird. Unsere Genossen kamen deshalb zu der Ansicht, daß augenblicklich durch eine Interpellation im Reichstage an dem Verlaß der schwebenden Streitigkeiten zwischen Kertzeleis und Aufsichtsbehörden mit den Krankenkassen nichts geändert wird. Wenn wir über die Materie diskutieren, dann dürfen wir uns nicht auf einzelne Mängel des Gesetzes beschränken, sondern wir müssen eine gründliche Reform des Gesetzes fordern, durch welche die Krankenversicherung dahin gebracht wird, daß sie ihren angeleglichen Zweck erfüllt und das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten in jeder Hinsicht sichergestellt wird. Da nun der feste Entschluß bei der Regierung und der Mehrheit des Reichstages besteht, den Reichstag, vor dem 18. Juni zu vertagen, so waren unsere Genossen gezwungen, auch die Debatte über diese Frage bis zum Herbst zu verschieben. Bis dahin werden wahrscheinlich die endgültigen Erkenntnisse über die schwebenden Fragen vorliegen. Nach eingehender Debatte sagte die Fraktion des Reichstages: „in dem jetzigen Abjournement der Session vor der Einbringung einer Interpellation betreffend die Artfrage Abstand zu nehmen und im Herbst die ganze Krankenkassenfrage zur Debatte zu bringen.“ Dann wird auch die Artfrage gründlicher, als dies jetzt möglich wäre, erörtert werden können, da alsdann voraussichtlich auch die von der Regierung verbrochene Zusammenstellung der Kontrakte, welche die Krankenkassen mit den Kertzeleis geschlossen haben, vorliegen wird.

**Bälou und Trotha.** Als vor einigen Wochen in einem Berliner Lokalblatte die Aussagen erregende Meldung aus Schwabensfeld erschien, Gouverneur Lutwein werde sein Amt niederlegen, wenn General von Trotha Höchstkommandierender bleibe, und in diesem Falle würde ein Aufstand aller Eingeborenen losbrechen, nahm man allgemein an, diese Depesche sei mit der Genehmigung des Auswärtigen Amtes, resp. des Reichskanzlers veröffentlicht worden. Das wurde offiziell bestritten. Jetzt wird nun aber in der „Hamburger „Zukunft“ behauptet, daß dieses Dementi mindestens objektiv un wahr“ gewesen sei. Der Bericht sei vor der Veröffentlichung in der „Wilhelm-Kraße“ gelesen worden, und zwar nicht von einem Geheimrat, sondern vom Reichskanzler selbst. Derselbe diese Behauptung zu, so wäre dadurch bewiesen, daß Graf Bälou die ihm unangehörige Ernennung des Generals von Trotha, die er nicht zu verhindern vermochte, durch die Veröffentlichung dieser Depesche zu bekämpfen versucht hat. Inzwischen bricht sich jedoch die „Norddeutsche Allgemeine“ schon, freigegeben, „daß der Reichskanzler Graf von Bälou von jeder Depesche und ihrem Inhalt vor ihrer Veröffentlichung keinerlei Kenntnis gehabt hat.“ Nun hat Harden wieder das Wort; vielleicht spricht er Bälous Schicksal etwas an.

**Gegen unvernünftige Kolonialpolitik** gerichtet ist eine Resolution, welche die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend Aufnahme einer Antarktis für Togo einbringt. Die Resolution besagt: „Der Reichstag wolle beschließen: In Erwägung, daß im Togo-Gebiete der Verkauf von Land, das sich im Besitz der Eingeborenen befindet, dem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen widerspricht, in Erwägung ferner, daß der für die Siedler der Togo-Landgesellschaft den Heimpflichten gewählte Kaufpreis nicht ausreicht als Äquivalent für den Wert der Ländereien angesehen werden kann, in Erwägung schließlich, daß die Durchführung der Kaufverträge zahlreicher Eingeborenen die Eingeborenen untergraben und daher die Gefahr von Aufständen heraufbeschworen muß, der Herr Reichskanzler zu ersuchen, er wolle die Annulierung der von dem Landbesitzer der Togo-Landgesellschaft zu Grunde liegenden Kaufverträge und die Zurückführung des Landes in den Staatsbesitz der Eingeborenen in die Wege leiten.“

**Die deutsch-österreichischen Vertragsverhandlungen.** Ein Berliner Blatt will von gleichzeitiger Seite erfahren haben, daß die deutsch-österreichischen Vertragsverhandlungen im Süden genau fort, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die österreichischen Unterhändler bereits die Genehmigung der Behörde nach Deutschland erhaltene Mitteilungen der Schiedsmittelvermittlung verlangen, die bisher nicht hätten angenommen werden können. Von der österreichischen Unterhändler nachgehender Seite wird jedoch dem Handelsvertragsminister berichtet, daß diese Mitteilung nicht richtig ist. Von einem Seiten der Verhandlungen kann nicht die Rede sein. Wichtiges haben die österreichischen Kommissare, die jetzt in Berlin verhandeln, schon festgestellt, und diese Feststellungen sind die erste Lösung des Gegenstandes beendet ist; die Verhandlungen über die übrigen Punkte gehen jedoch weiter, und die Vertreter der österreichischen Regierung werden sich, wie es von Anfang an beabsichtigt war, in Berlin befinden, bis die Verhandlungen zwischen Österreich, Ungarn und Italien ihren Anfang nehmen.

**Herr Meud. Altona macht Schule!** In der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt gerieten bei Beratung des von der Stadt für das Bismarck-Denkmal geforderten Zuschusses unser Genosse Reichstagsabgeordneter Gramer und der Nationalliberale Djanng hart aneinander. Dabei fiel nun, wie der „Fitt. Ztg.“ berichtet wird, seitens des nationalliberalen Stadtverordneten Dr. Karl Emanuel Merd ein Zwischenruf, der gerade für die Jetztzeit bemerkenswert und segensvoll zu werden verdient: „Bismarck's einziger Fehler war, daß er das allgemeine Stimmrecht eingeführt hat.“ — Trotz aller parteiunabhängigen Ablehnungen erfährt man doch immer wieder, wie unzuverlässig die Nationalliberalen in bezug auf das allgemeine Wahlrecht sind.

**Zum Pommerenbau-Standal** wird noch aus Berlin geschrieben: Der Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherr v. Mirbach, ist neulich im Gerichtsfall als ein wenig geschäftsfähiger Mann geschildert worden, und diese vom Senatrat a. D. Sudde gegebene Schilderung würde es auch begreiflich machen, daß der Freiherr von einer Bank, die in Geschäftskreisen für oberflächlich galt, Hunderttausende zu frommen Zwecken annahm und ihr den Titel einer „Hofbank Ihrer Majestät der Kaiserin“ verschaffte. Diese Art der Darstellung — als ob sich Freiherr v. Mirbach ahnungslos in das Wespennest begeben hätte — muß aber in jenen Kreisen arges Kopfschütteln erregen, die Herrn v. Mirbach als einen außerordentlich geschäftsgewandten Herrn kennen gelernt haben. Herr Mirbach ist es nämlich seinerzeit gelungen, das kaiserliche Vermögen aus dem Zusammenbruch der Hypothekendarlehen-Banken ohne den Verlust eines einzigen Pfennigs zu retten. Damit hat er eine geschäftliche Umsicht und Geistesgegenwart bewiesen, um die er von den andern minder geschickten oder minder glücklichen Gläubigern der Banken nicht wenig beneidet worden ist. Daraus geht aber auch hervor, daß der Freiherr v. Mirbach unmöglich den Uatrieben jener Bank, der er im Jahre 1900 den Titel einer Hofbank verschaffte und von der er für fromme Zwecke ungeheure Summen annahm, ahnungslos gegenüberstanden haben kann. Die Quittierung der letzten 350 000 Mark erfolgte im Herbst 1900, lange nachdem die „Frankf. Ztg.“ ihre Aufsätze erregenden Artikel über die Uatriebe der Hypothekendarlehen veröffentlicht hatte. Die Quittung über die letzten 327 000 Mark, die von Mirbach nicht erhoben worden sein sollen, über die aber von ihm quittiert worden ist, ist vom 28. Dezember 1900 datiert. Kaum vier-einhalb Monate darauf erfolgte die Verhaftung des Hofbankiers. Herr v. Mirbach wußte also genug, um das Geld der kaiserlichen Familie zu retten, er wußte aber zu wenig, um die Annahme von ungeheuren Summen zu verweigern. Er wußte genug, um die 327 000 Mark zehn Wochen vor der Verhaftung nicht „abzugeben“; er wußte aber zu wenig, um die Quittierung zu unterlassen. Die 327 000 Mark sind verschwunden; wohin, das verschweigen die Hofbankiers — Diskretion Ehrensache —, und das Gericht erklärt diesen Punkt für erledigt. Die Kriminalpolizei wird nun gewiß alles anstreben, um den oder die Empfänger der 327 000 M. zu ermitteln.

**Die Niederlage des preussischen Justizministers.** Im Abgeordnetenhaus erlitt am Freitag der Justizminister eine schlagende Niederlage, der er aber mit einer Gelassenheit und Ruhe begegnete, die darauf schließen läßt, daß die Gerüchte, die schon seit einiger Zeit über seinen Rücktritt vom Amte umherzuflüchten, begründet sind. Zur Beratung stand in letzter Sitzung die Vorlage, nach welcher an allen Amtsgerichten mit mehr als 15 Richtern Amtsgerichtsdirektoren mit dem Recht der Dienstaufsicht eingesetzt werden sollten. In der Kommission hatte man sich mit der Vorlage gar nicht befremden können; man gab den Amtsgerichtsdirektoren wohl das Recht der Wahrung, aber nicht das Recht der Rüge. In der zweiten Sitzung verwarf das Plenum auch diesen Beschluß der Kommission; es bewilligte nach Analogie der in Berlin herrschenden Verhältnisse für alle Amtsgerichte mit mehr als 30 Richtern einen Amtsgerichtspräsidenten, der in Rang, Gehalt und allen Rechten dem Landgerichtspräsidenten gleichgestellt werden sollte. Am Freitag erklärte der Minister, daß die Regierung diesen Beschluß der zweiten Sitzung nicht akzeptieren könne. Das Plenum machte daraufhin kurzen Prozeß und lehnte die ganze Vorlage einstimmig ab. Nicht zehn Minuten waren nach der Erklärung des Ministers vergangen und die ganze Vorlage war einmütig niedergestimmt.

**Gemeindevahltag in Charlottenburg.** Bei der Erziehung im zweiten Kommunalwahlbezirk regte Freitag trotz aller Anpreisungen der Freimänner und der Nationalliberalen der sozialdemokratische Kandidat mit 22 Stimmen Mehrheit über seine beiden Gegner. Er erhielt 649 Stimmen.

**Auf der Samstagsjagd.** Das Schöffengericht zu Oppeln hatte, wie f. Zt. gemeldet, den großpolnischen Agitator Jakob Kania zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er am letzten Geburtstag des Kaisers die Fahne des Kriegervereins verwendet und sich mit ihr während des Kirchenganges, des Vereins verhalten hatte. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte nach der Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Berufung des Staatsanwalts wurde merkwürdig und Kania zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Auch dieses brutale Urteil wird von Radikalpolen bei ihrer Agitation treffliche Dienste leisten.

**Fronz!!** Jüngst wurde, so erzählt das „Berl. Tageblatt“, Wilhelm II. in einer Empfangsstellung ein bekannter Radikalpolen vorgestellt, der den neuen Schwärmern der bühnenhaften Kunst mit harter Schärfe gegenübersteht. Als der Kaiser den Namen des bekannten Universitätsprofessors gehört hatte, beging er sich mit der Bemerkung: „Machen Sie mir bitte, gehörig Fronz gegen die moderne Richtung.“ Ob er's auch tun wird? „Die Wissenschaft und ihre Lage ist frei.“

**Verhaftung und Erpressung.** Ein Urteil, das, im Falle es Rechtskraft erlangen würde, für die Gewerkschaftsbewegung von nicht absehbarer Tragweite werden könnte, fällt die Staatsanwaltschaft in Halle a. S. in der Sache des Ranters Hermann Gottschlag von Halle bei Dürrenburg, der wegen „Erpressung“ angeklagt war. Als die dortigen Richter des Rantersverbandes Mitte März beschloffen hatten, von dem Ranters 30 Pfennige Stundenlohn zu fordern, und schließlich, bei Ablehnung der Forderung, über

Bauten der Meister die Sperre zu verhängen, ging Gottschlag zu dem Maurermeister Jakob und teilte diesem den Beschluß mit. Er soll dabei die Aeußerung getan haben: „Wenn Sie die Sperre nicht zahlen, bleibt uns nichts weiter übrig, als den Bohrlott über Ihre Bauten zu verhängen.“ Der Meister bewilligte, erstattete dann aber Anzeige gegen den bisher unbescholtenen Gottschlag, der nun wegen Erpressung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Daß eine derartige Rechtsprechung dem Geiste des Realisationsrechts widerspricht, bedarf keiner Versicherung.

**Neues aus Südwest-Afrika.** Antlich wird gemeldet: Die Nordabteilung Bülow erreichte am 29. Mai Ostawi und läßt am Djanga (südlich von Ostawi) zu auf. Colbung (südlich von Großfontein) wurde von Volkman wegen Wassermangel und Krankheit aufgegeben; der Damarabau-Matato wird durch Splone beobachtet. Der Hauptling Meshale soll den Posten Namutoni zerstört und den Grevo viel Munition verkauft haben. Die 9. Kompagnie, die noch unbesritten in Ostahandja weilt, soll den Verpflegungsnachschub decken.

**Neue politische Nachrichten.** In preussische Herrenhaus neu berufen wurden durch königlichen Erlass unter Verleihung des Erbrechts Graf Albrecht v. Alvensleben-Strömeko und Burggraf Georg zu Dohna-Fürstenstein. — Die Budgetkommission der Zweiten Kammer stimmte der von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhung von 20 Prozent zu. Dafür stimmten das Zentrum und die Nationalliberalen, dagegen die Freisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten. — Seit etwa 14 Tagen befindet sich in Mainz der Zeughauptmann Kühnemann in militärischer Untersuchungshaft. Alle möglichen Gerüchte zirkulieren dieserhalb in der Stadt. Die Untersuchung wird nach der „Köln. Volksztg.“ außerordentlich geheim betrieben. Der Verhaftete soll sich bedeutender Unterschlagungen und Betrügereien, verbunden mit Urkundenfälschungen, schuldig gemacht haben. Passanten sahen, wie ganze Wagenladungen Bücher vom Artilleriedepot zum Untersuchungsrichter gebracht wurden. Wie es weiter heißt, soll noch ein anderer Offizier in die Affäre verwickelt sein. — Die portugiesische Regierung tat ernste Schritte, um die Ruhe in Süd-Angola ausrechtserhalten. Verstärkungen gehen sofort nach Quilla ab.

Rußland.

**Der russische Absolutismus** ist gegenwärtig sehr nervös und sieht seine Herrlichkeit schon gefährdet, wenn die getreuen Unterthanen sich zu Liebeswerken zusammenentwerfen. Als jüngst einige Semstwoverwaltungen (autonome Landesverwaltungen) miteinander in Verbindung treten wollten, um eine materiell und technisch durch vereinte Kräfte eher zu erlangende sanitäre Fürsorge für die Verwundeten im Kriege einzurichten, verübten die Bureakraten, der Staat sei in Gefahr; die Semtwos versuchten miteinander in Verbindung zu treten, das sei nach den bestehenden Gesetzen nicht statthaft, kurz, das rief nach Konstitution. Die soeben erschienene „Oswobodschenje“ veröffentlicht den betreffenden Geheimrat des Ministeriums des Innern an den Gouverneur von Kaluga, diesen Tendenzen des Semtwos entgegenzutreten. Denn so lobenswert die Absichten dieses Unternehmens seien, da sie den Verwundeten zu gute kommen sollten, so sünden sie im strengen Widerspruch zu den bestehenden Bestimmungen über den Wirkungskreis der Semtwos. Der Minister habe den bedrohlichen Fall dem Zaren vorgetragen und handle in Uebereinstimmung mit ihm, wenn er diesen Erlaß zur Hintanhaltung ähnlicher Bestrebungen herausgibt. In einem Antwortschreiben, ebenso geheim, versichert der Herr Gouverneur, er habe aus eigener Initiative dafür Sorge getragen, daß diese „gefährliche Bündelet“ zur Pflege von Verwundeten verhindert werde. Das Geld zu Gunsten der sanitären Einrichtungen im Kriege nehmen diese Herren von den Semtwos mit Vergnügen, aber sie wollen es auch selbst verwalten, denn da läßt es sich viel ungenierter stehlen. Dem Wäterchen Zar aber wird ein gehöriger Schrecken damit eingejagt, daß die schreckliche Konstitution nahe, wenn sich die Semtwos derartige Rechte anmaßen.

**An der russisch-österreichischen Grenze** wurde der russische Schriftsteller Dimitri Schutowitski aus politischen Gründen verhaftet. — Frau A. Boromann, die kürzlich in Petersburg wegen des Versuchs, eine Kopie der Exemplare der Stuttgarter „Oswobodschenje“ nach Rußland einzuschmuggeln, zu 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist ins Ausland entflohen.

**Attentatsgerüchte.** Die Londoner „Daily Mail“ erfährt von einem russischen Korrespondenten, in der Nacht vom 7. d. Mts. wurden in Barskaje Selo, dem Palast, wo der Zar augenblicklich residiert, in Sigarenkasten zwei Höllemaschinen gefunden, eine im Schloß, die andere im Audienzsalon. Der Mechanismus beider Maschinen war in voller Tätigkeit. Das strengste Geheimnis wird bisher beobachtet. Es wird daher diese Meldung, obwohl in jeder Einzelheit wahr, vermutlich kategorisch dementiert werden. — Wenn das „strengste Geheimnis“ bewahrt wird, woher weiß dann der englische Korrespondent die Geschichte?

Oesterreich-Ungarn.

**Der Ausstand der Borschlauer Grubenarbeiter** ist nach einer Lemberger Drahtung beendet, nachdem ein Uebereinkommen zu stande gekommen ist.

Schweiz.

**Der Urheber des Anschlages** gegen den russischen Gesandten Schadowsky heißt genau Jan Jlnidi. Er erklärt sich als ein Opfer russischer Willkürherrschaft und scheint von Verfolgungswahn besessen. Im vorigen Jahre reiste er nach Darmstadt, um dem Zaren persönlich sein Anliegen vorzutragen. Dort soll ihm ein kaiserlicher Sekretär versprochen haben, seinen Fall dem Zaren vorzutragen. Einem Berner Blatte wird noch mitgeteilt: Jlnidi war seit einigen Tagen völlig mittellos, was ihn zur Verzweiflung getrieben und ihm dem Attentat auf den Gesandten veranlaßt hat. Jlnidi hat sich nach der Tat keineswegs gestürzt, sondern hat sich willig dem nächsten Polizeiposten seinen Revolver überreicht, worauf er auf die Polizeiwache geführt wurde. Dort wurde er wieder freigelassen, nachdem er Namen und Wohnort genannt hatte. Erst als die Bundesanwaltschaft bei der Berner Polizei die sofortige Verhaftung verlangte, wurde



Geheimpolizisten zu seiner Verhaftung abgehandelt. In die Kiste stellte sich freiwillig. Der russische Gesandte ist bereits außer jeder Lebensgefahr. Nach dem Bundesstrafrecht wird die Beschimpfung oder Mißhandlung eines fremden Gesandten mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Das Attentat ein Verbrechen gegen das Völkerrecht bildet, so hat der Bundesrat die eidgenössische Strafuntersuchung angeordnet. Untersuchungsrichter ist Dr. Vignati (Chur). Der Attentäter Nidki wird vor ein eidgenössisches Schwurgericht gestellt werden; dieses wird auch die Strafe für den Mordversuch festsetzen nach Maßgabe der Vorschriften des Berner Strafgesetzbuches. Das Attentat hat, wie die „Frankf. Zig.“ nochmals ausdrücklich festgestellt hat, mit der russisch-revolutionären oder der anarchistischen Bewegung absolut nichts zu tun. Der Fall steht vielmehr ganz isoliert.

### Frankreich.

**Ein neuer Vorstoß Millerands.** Millerands setzt seine unangenehme Ministerarbeit im Dienste der Reaktion fort. Eine Interpellation, betreffend die Erhöhung der Gerichtskostengebühren, gab ihm Freitag in der Kammer wiederum Anlaß zu einem Vorstoß gegen die Regierung. Gleich zu Anfang des Feldzugs des Kabinetts Combes gegen die katholischen Kongregationen, wurde, wie noch erinnern sich dürfte, eine Bestechungsgeschichte kolportiert, durch die der Sohn des Kabinettspräsidenten und unmittelbar Combes selber kompromittiert werden sollte. Ministerpräsident Combes hat sich am Freitag in der Kammer durch Angriffe Millerands anlässlich der zur Verhandlung stehenden Gerichtskostenvorlage veranlaßt gesehen, diese Angelegenheit zu einer Aussprache zu bringen. Combes gab Millerand zu hören, dieser wisse, daß er — Combes — in der Karthäuser Angelegenheit seiner Pflicht als Chef der Regierung ein großes Opfer gebracht habe. Er könne sagen, daß man zwei Monate, bevor man ihn und seinen Sohn beschuldigte, von den Karthäusern eine Million erhalten zu haben, zu ihm gekommen sei, um ihm zwei Millionen anzubieten, wenn er einen den Karthäusern wie in ihrem Kloster einen weltberühmten Nikör herstellte. Red. d. „L. B.“ günstigen Gesekentwurf einbringe. Er habe davon dem Ministerialrat Mitteilung gemacht und dieser habe ihn dazu beglückwünscht, daß er im höheren Interesse der Politik schweigen wolle. Millerand kenne diese Tatsache. Als dann die Angelegenheit des Besetzungsverfuges auf Grund einer Interpellation des Deputierten Renault-Morliere weiter erörtert wurde, gab Combes noch die folgende Erklärung ab: Man hat seinen (Nidners) Sohn beschuldigt, eine Million von den Karthäusern erhalten zu haben. Daraufhin sei eine Untersuchung eröffnet worden; die Persönlichkeit, die den Generalsekretär des Ministeriums aufgesucht, habe sich aber geweigert, den Namen desjenigen zu nennen, in dessen Auftrag sie jenen Schritt unternommen habe. Diese letztere Person habe sich aber dem Minister selbst genannt, es sei der Generalkommissar der Pariser Weltausstellung, Picard. Millerand habe gebeten, im höheren Interesse des Landes hiervon nichts bekannt werden zu lassen. Nach dieser Erklärung drückte Renault-Morliere sein Erstaunen darüber aus, daß der Ministerpräsident nicht den Namen der Person genannt habe, die den Besetzungsverfug unternommen. Combes erwiderte, es sei Sache desjenigen, diesen Namen zu nennen, der diese Erinnerungen nachzusehen habe. Millerand erwiderte, er werde ein Geheimnis, das ihm aus seiner amtlichen Tätigkeit bekannt geworden, nicht enthüllen. (Unhaltende Bewegung.) Es wurde schließlich beschlossen, nächsten Mittwoch eine Kommission zu ernennen, die über den Besetzungsverfug eine Untersuchung anstellen soll.

### Vereinigte Staaten.

**Kapitalistische Anarchie.** Militär schloß die einzige noch im Cripple-Creek-Distrikt befindliche Grube, um alle Gewerkschaftsmitglieder entfernen zu können. Am Donnerstag wurden 80 Gewerkschaftler fortgeschafft. Die Bürger-Militären und die Minenbesitzer erließen eine Proklamation, nach der alle Gewerkschaftler entfernt werden sollen. Maschierte Männer drangen in die Redaktion eines arbeitersfreundlichen Blattes, vertrieben die Redakteure und Seher und demotierten die Drucker. — Brutaler kann sich die kapitalistische Tendenz nicht offenbaren. Wo sich Arbeiter ihr nicht kläglich beugen, werden „Bürger-Militäre“ und Militär aufgeboten; durch brutale Gewalttaten sollen die Arbeiter zum Gehorsam gegen das Kapital zurückgeführt werden. Eine neue Mahnung für die Arbeiterschaft Nordamerikas, über ihrer gewerkschaftlichen Bewegung die politische Arbeiterbewegung nicht zu vernachlässigen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 14. Juni 1904.

Einem schönen Tag verlebten die Mitglieder und Gäste der gestern hier besuchsweise weilenden Liedertafel „Freue“ aus Hamburg-Lübeck. In einer Stärke von 176 Personen trafen dieselben gegen 10 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofs ein, und unternahm zunächst eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten von Lübeck. Der Nachmittags war nach einem schön verlaufenen Mittagssmahl im „Vereinshaus“ einem Ausflug per Dampfer „Freya“ nach Schwartau gemeldet. Nach der um 6 Uhr erfolgten Rückkehr nahm das zu Ehren der Hamburger Gäste arrangierte Fest im „Vereinshaus“ unter zahlreicher Beteiligung der Lübecker Genossen seinen Anfang. Genosse Wiffel widmete den erkrankten Gästen mit lebhaftem Beifall aufgenommene Worte der Begrüßung. Unsere Hamburger Freunde brachten alsdann mehrere Vieder in ergatter Weise zu Gehör. Um 10 Uhr 35 Minuten dampften sie wieder ihrer Heimat zu in dem Bewußtsein, in Lübeck einen genußreichen Tag verlebt zu haben.

**Achtung Dachdecker!** Ueber die Wertstelle von Greßmann ist die Sperre verhängt worden.

**Vom Badewesen.** Als eine arge Unzulänglichkeit wird allgemein empfunden, daß die Badeanstalt auf der Falkenwiese während der Nachmittagsstunden für die Zivilbevölkerung geschlossen ist. Nach den Bekanntmachungen des Polizeiamts erfolgt diese Schließung jedoch erst von 3 1/2 Uhr ab. Hiermit im schroffsten Widerspruch steht aber die Tatsache, daß der Aufseher den Kindern und Badelustigen den Zutritt zur Badeanstalt bereits vor 3 Uhr untersagt. Hier muß unbedingt Remedur geschaffen werden, damit unnütze Wege erspart bleiben.

**Aus der Kaserne.** Als am Abend des 1. Mai d. J.

der bei der 2. Kompagnie des 162. Infanterie-Regiments dienende Musikant L. mit seinem unerleuchteten Nade nach der Kaserne fahren wollte, wurde er von einem Schutzmann angehalten, der ihn darauf aufmerksam machte, daß er ohne brennende Lampe nicht fahren dürfe. Kurz darauf schwang er sich abermals auf's Rad und fuhr zunächst nach einer Wirtshaus. Der Schutzmann ging nun nach der Kaserne nach, wo er den Vorfall mitteilte. Kurz darauf erschien auch L., der auf den Schutzmann eintraug und ihm einen Schlag ins Gesicht versetzte. Der Wachthabende befahl dem L., sich auf seine Stube zu begeben. Dies tat L. nicht, vielmehr verließ er die Kaserne und trieb sich die Nacht umher. Das Kriegsgericht der 17. Division verurteilte den Angeklagten wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Ungehorsams zu 6 Monaten Gefängnis, gegen welches Strafmaß der Anklagte wie der Gerichtsherr Berufung einlegte. Der Angeklagte hielt die Strafe für zu hoch, der Gerichtsherr für zu niedrig. Der Ankläger ersuchte um die Aufhebung des wegen Ungehorsams erkannten Teiltrurteils, da nicht Ungehorsam, sondern unerlaubte Entfernung vorliege, er beantragte, es bei dem erstinstanzlichen Strafmaß zu belassen. Das Oberkriegsgericht schloß sich diesem Antrag an. Es bleibt also bei der Strafe von 6 Monaten Gefängnis.

**Wegen Verstoßes gegen das Urheberrecht** hatte sich Sonnabend der Redakteur Wienand von der „Eisenbahn-Zeitung“ vor der Strafkammer zu verantworten. Er hatte in seiner Zeitung einen: „Eine Unterredung mit Professor Behring über die neue Lehre der Tuberkulose“ überschriebenen Artikel abgedruckt, ohne hierzu berechtigt zu sein. Auf Grund des vom Verfasser gestellten Strafanspruches verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 10 Mk. Geldstrafe und Zahlung einer Buße von 10 Mk. an den Verfasser.

**Bzug von Tischlern nach Mülln und Bauarbeitern nach Malente** ist streng fernzuhalten.

**Einbruchsdiebstahl.** In letzter Nacht wurden in Krepplsdorf mittelst Einbruchs folgende Sachen gestohlen: Ein vollständiger schwarzer Gehrock-Anzug, ein schwarzer Gehrock, mit seidener Vorle eingefaßt, ein schwarzer Winter-Paletot ohne Knöpfe, mit weiß und schwarzfarbtem Futter und einige Paar Strümpfe.

**Mißhandlung.** Gegen zwei in der Hülstraße wohnende Arbeiter wurde wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung eines anderen Arbeiters Anzeige erstattet.

**Schmiedorf.** Ein schlechter Wilegepater scheint ein hiesiger Arbeiter zu sein, gegen den wegen sorgfältiger Mißhandlung eines jährigen Pflanzlings Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Schönberg erstattet worden ist.

**Lüdersdorf.** Und Trill sprach! Eine Rede hat kürzlich im hiesigen Kriegerverein der Bahnhofsvorsteher Trill gehalten, eine Rede, von Schmerz durchglüht. Die Tatsache, daß einige Mitglieder die Fahne des Vereins verließen und zur roten Fahne schworen, hatte es ihm angetan. Veranlassung gab den „Ungetreuen“ zu ihrem Schritt, daß ein Mitglied aus dem Verein gestrichen wurde, weil es die „Medienburgische Volkszeitung“ las. Hoffentlich bröckelt's bald wieder im Lüdersdorfer Kriegerverein, damit sich Gelegenheit bietet zu weiteren Welterschmerz-Reden.

**Lüdersdorf.** Wegen wiederholten Diebstahls im Rückfalle verurteilte die Strafkammer in Güstrow den Knecht Hermann Fabian von hier zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht. 2 Monate der Untersuchung wurden angerechnet.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Hamburger und Altonaer Schmiede beschlossen mit 253 gegen 23 Stimmen, am heutigen Montag die Arbeit niederzulegen, falls ihre Forderungen, Gewährung eines Minimallohnes von 12 Btg., 9 1/2 stündige Arbeitszeit und Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, nicht bewilligt werden.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Gegen die Inhaber der Wettbureau, bei denen der wegen Defraudation von 110000 Mk. in Untersuchung genommene Kommissar Kündstein in Altona das Geld seines Prinzipals verloren hat, ist die Untersuchung wegen Steuerhinterziehung eingeleitet und ferner ist die Untersuchung auf einen angeblichen Henssthalbesitzer Heinemann ausgedehnt worden; dieser wird sich, da die Herde, die Kündstein sich angeeignet, auf seinen Namen stehen, wegen Hehlerei zu verantworten haben. — Bei der Kollision des Kreuzers „Amazon“ mit der russischen Brigg „Anna“ in Kiel wurde auf der „Amazon“ auch eine 10,5 Zentimeter-Schnellfeuerkanone beschädigt und außerdem dem Schiff die Außenhaut aufgerissen. Die Brigg erlitt schwere Havarie. Der Steven wurde gebrochen, Bodmast und Vordergeschirr gingen über Bord. Das Schiff ist in den Handelshafen zurückgeschleppt worden. — In Uppahl bei Grevesmühlen kam ein jähriges Mädchen im Hause des Büdners Körner dem offenen Herd zu nahe. Die Kleider fingen Feuer und das Kind erlitt lebensgefährliche Brandwunden. — Zu dem in letzter Nummer gemeldeten Ueberfall des 20jährigen Weinde bei Kröppeln erfuhr der „Rost. Anz.“, daß Weinde nicht in der Anstalt Geshlheim interniert war, derselbe also auch nicht entsprungen ist, doch habe Weinde seine Absicht, das betr. junge Mädchen zu vergewaltigen, nicht erreicht, sondern sie nur mit einem Messer bedroht. — Ein Feuer scherte in Hof Driberg bei Gadebusch eine Scheune und ein Viehhaus ein; eine große Anzahl Schweine verbrannten. — Das deutsche Segelschiff „Beatrice“ wurde, wie aus Cuxhaven gemeldet wird, nachts auf der Unterelbe von dem englischen Dampfer „Longdeal“ in Grund gerammt. Die Mannschaft ist gerettet.

**Hamburg.** Zum Streik der Brauereiarbeiter. Der Verein der vereinigten Gast- und Schankwirte erderte in seiner getrigen Versammlung die Frage der Errichtung einer eigenen Brauerei; es ward schließlich zur Prüfung dieser Frage eine eifrigbedingte Kommission gewählt, die über das Ergebnis ihrer Beratungen nächstes Mal berichten soll. — Die Wirkung des Boykotts ist eine ganz nachhaltige; daran ändern die Hoffnungen und Versprechungen der bürgerlichen Presse nichts. Schon die Tatsache, daß rund 2000 Witte und Bierverleger seit Wochen keinen Tropfen hiesiges Bier verkaufen haben, läßt einen Schluß auf den Ausfall zu, den den Brauereien erwächst. Einen weit besseren Gradmesser bildet aber die Börse, welche für die leiseste Erschütterung der Profite empfindlich ist und sie mit der Genauigkeit eines Seismometers ankündigt. Und da kann man folgendes ablesen: Durch den nun schon seit mehreren Wochen herrschenden Brauerstreik sind die hiesigen Brauereien schwer betroffen worden. Der gegenwärtige Stand der Dinge läßt eine Heilung der bestehenden Differenzen so bald kaum erwarten. Daß durch den Bierboykott die Brauereien große pekuniäre Verluste erleiden, ist selbstverständlich; die bisherige große Nachfrage nach Brauerei-Aktien hat sich jäh in das Gegenteil verwandelt, das Angebot hierin ist

momentan sehr groß, dagegen sind Käufer selbst zu den reduzierten Kursen zur Zeit nicht am Markt. Die Aktien werden also ausgeben wie Sauerbier oder besser gesagt, wie Ringbier, aber niemand will sich den Magen verderben. Dieses unverdächtige Zeugnis wird vielleicht diejenigen beruhigen, welche an dem Erfolgs des Boykotts zweifeln. — Die Aussperrung der Hamburger Kohlenaffordschauerleute dauert fort. Die Importeure englischer Kohlen haben es abgelehnt, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, wahrscheinlich weil sie fürchten, daß ihr schärfermachendes Treiben vor einem unparteiischen Schiedsgericht die gebührende Beurteilung finden würde. Haltet alle den Zug fern! Sorget mit dafür, daß die Hamburger Schafmachersbäume nicht in den Himmel wachsen!

**Hamburg.** Fast vier Monate unschuldig im Gefängnis. Vor einiger Zeit machte hier ein Prozeß berechtigtes Aufsehen, in dem ein Dr. Hagedorn, der früher Arzt am israelitischen Krankenhaus gewesen war, wegen Meineides zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, weil er in einer Anklage wegen Erpressung gegen sein früheres Dienstmädchen S. die unwahre Aussage beschworen hatte, daß er nicht in intimen Beziehungen zu der S. gestanden habe. Die S. war auf diese Aussage hin zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden; nachdem sie ihre Strafe bis auf 7 Tage abgehüßt hatte, gelang es ihr in jenem Prozeß den Beweis zu erbringen, daß Dr. H. einen Meineid geleistet hatte. Nunmehr fand in ihrer Sache ein Wiederaufnahmeverfahren statt, das Freitag vor dem Landgericht verhandelt wurde. Es stellte sich heraus, daß der S., die 7 Jahre in dem Hause Dr. H.'s gedient hatte, allerdings das Versprechen, 500 Mk. zur Aussteuer zu erhalten, und zwar von der Frau Dr. H. bei Gelegenheit einer Erbschaft gemacht worden war. Trotzdem Dr. H. auch bei der diesmaligen Zeugenvernehmung die intimen Beziehungen abläugnete, beantragte der Staatsanwalt doch selbst, die S. freizusprechen, und zwar nicht wegen mangelnden Beweises, sondern weil sich ihre völlige Unschuld herausgestellt hatte. Das Gericht folgte diesem Antrage und legte die erwachsenen Kosten der Gerichtsstaße auf. Diese Entscheidung ist für die S. deshalb von großer Bedeutung, weil der Verteidiger der S. gleichzeitig eine Zivilklage angestrengt hat, in der er für die der S. durch die Verurteilung zugefügte Schmach und Erweiterung des Versprechens 32000 Mk. gefordert hat.

**Wandsbek.** Zwei blühende Menschenleben vernichtet. Dem unvorsichtigen Umgehen mit Schießgewehren sind Freitag zwei junge Leute zum Opfer gefallen. Zwei Gärtnergehilfen des Handelsgärtners Danger, die eng befreundet waren, hielten sich, von einem Spaziergange heimgekehrt, Freitag Abend in ihrem Zimmer auf; der eine schrieb noch eine Postkarte, während der andere mit einem Revolver hantierte. Dieser entlud sich und der Schuß traf den am Tische Sitzenden ins Genick. Der Getroffene sank sofort als Leiche vom Stuhle. Als der unglückliche Schütze sah, was er angerichtet hatte, rannte er ipornstreichs davon und ertränkte sich in einer nahegelegenen Wasserkuhle. Hier wurde seine Leiche Sonnabend früh aufgefunden. Das tragische Geschehen der Jünglinge ruft allgemeine Teilnahme wach.

**Güstrow.** Das Schwurgericht verurteilte Freitag den Erbpächter Dahl in Rostow wegen Meineides zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. D. war beschuldigt, am 17. November 1903 vor dem Amtsgericht Friedland einen Offenbarungseid dadurch falsch geschworen zu haben, daß er 13 Mk. die er am Morgen vor seiner Vereidigung für Kartoffeln vereinnahmt hatte, verschwiege. — In der darauf folgenden Sache gegen den Knecht Hans Lange und die Kuhfütterer Albert Frenck, Arnold Pollack und Robert Brause, sämtlich in Brudersdorf, wegen Sittlichkeitsverbrechen, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde, lautete das Urteil unter Zubilligung mildernder Umstände für alle 4 Angeklagten: gegen Lange auf 7 Monate Gefängnis, gegen Frenck auf 4 Monate Gefängnis, gegen Pollack auf 1 Jahr Gefängnis und gegen Brause auf 6 Monate Gefängnis unter Unternehmung von je 1 Monat Untersuchungshaft. — Am Sonnabend verurteilte das Schwurgericht den Gartenknecht Beck er aus Mollenbeck und den Pferdebesitzer Nest aus Stolpe wegen Meineides bzw. wegen Anstiftung dazu den ersteren zu einem Jahre Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust, den letzteren zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Beide werden für dauernd unfähig erachtet, als Zeugen eiblich vernommen zu werden. — Der Arbeiter Michalski aus Gzuchten wurde dann wegen Meineides zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, 2 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

**Oldenburg.** Vollständig unberechtigte Arbeiterforderungen. Die Firma Meyer u. Co. hier selbst hat dem Verein deutscher Eisengiebereien 19 Forderungen zur Boykottierung überwiesen, weil sie am 4. Juni d. J. gemeinsam die Arbeit niedergelegt haben wegen Nichtbewilligung nachstehender vollständig unberechtigter Forderungen: 1. Vergütung unverzinslicher Ausschusses. 2. Garantie eines Mindestlohnes. 3. Wöchentliche Lohnzahlung. 4. Erhöhung etlicher Preise. 5. Verteilung von mehr Hilfsarbeitern als bisher. 6. Beschwerden über den jetzigen Meister; und noch einige mehr. Der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisengiebereien, Ernst Scharrberg oder Schomburg (die Unterschrift ist sehr undeutlich) besitz sich deshalb, an die Mitglieder des Vereins das Ersuchen zu richten, die 19 Forderungen nicht in Arbeit zu nehmen. Es ist auch in der Tat eine unerhörte Frechheit, wenn Arbeiter Bezahlung für Arbeiten verlangen, die ohne ihre Schuld verborben sind; die Arbeiter sind doch die Herren und Eigentümer der Fabrik, was geht es wohl den Unternehmer an, wenn Arbeiten z. B. infolge schlechten Materials oder ungeeigneter Hilfswerkzeuge verderben! Und was geht es den Unternehmer an, ob die Arbeiter Sonnabends mit leeren Taschen nach Hause gehen! Wer garantiert denn dem Unternehmer sein trodenes Brot? Es ist ein Dokument deutschen Unternehmertums, es ist schreiender Terrorismus, daß Arbeiter eine Garantie gegen den Hunger zu fordern sich erdreisten. Wenn dem nicht bald ein Ende gemacht wird, werden die deutschen Unternehmer gezwungen sein auszumandern nach — Australien! — Feuer in der Infanteriekaserne aus, das einen Teil des Gebäudes vernichtete. Eine Menge Monturstücke verbrannte. Viele Blaspatronen explodierten.

### Sekte Nachrichten.

Berlin. Puffmord. Sonnabend morgen gegen 8 Uhr wurde im Spreepark in der Nähe des Reichstagsgebäudes die Leiche der am 18. Juni 1895 geborenen Tochter des Zigarrenarbeiters Berlin gelandet. Kopf, Arme und Beine der Leiche waren abgetrennt. Durch die gerichtsarztliche Untersuchung wurde festgestellt, daß an dem Mädchen ein Mord und wahrscheinlich auch



ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden ist. Nach dem Gutachten der Gerichtsräte ist die Abtrennung der Gliedmaßen in derselben Weise erfolgt wie in dem immer noch nicht aufgelärten Charlottenburger Fall.

**Dresden.** Der österreichische Graf Kesselgüter de Miremont, der bekanntlich im Verdacht stand, sein Kind infolge Mißhandlung getötet zu haben, wurde nach der Frankf. Btg. am Freitag ohne Kautionstellung aus der Haft entlassen. Der Verdacht hat sich als unbegründet erwiesen.

**Apolba.** Liebesdrama. Der angesehenen Kaufmann Schmidt vergiftete sich mit seinem Dienstmädchen durch Cyanalkali. Die Ehefrau, die von einer Keiße zurückkehrte, fand beide tot in der Wohnung.

**Essen (Ruhr).** Ein vereiteltes Eisenbahnverbrechen. In der Nacht zum Sonnabend wurde auf der Strecke Langendreer-Bachum durch Ausschrauben eines Eisenbügels auf dem Gleise der Versuch gemacht, einen Schnellzug entgleisen zu lassen. Das Hindernis wurde noch glücklicherweise rechtzeitig bemerkt. Ein Schichtarbeiter ist als Täter ermittelt worden.

**Köln.** Keilerei und Tanzvergnügen. In Parischheid entstand bei einem Tanzvergnügen unter den Bauernburischen eine große Schlägerei, bei der viele Unbeteiligte durch Revolvergeschüsse und Messerstiche schwer verletzt wurden. Ein Soldat gebrauchte ein Seitengewehr und brachte 6 Personen schwere Stichwunden bei.

**Darmstadt.** Nord. Freitagnachmittag wurde bei dem nahegelegenen Luftkurort Ludwigs Höhe der 67jährige Privatier Döhning, früher Baumeister, von einem jungen

Menschen überfallen und durch fünf Revolvergeschüsse getötet. Der Mörder ist entkommen.

**Worms.** Kampf mit Zigeunern. Zwischen Dorfbewohnern von Underheim am Rhein und einziehenden Zigeunern fand ein Kampf statt, bei dem eine Person getötet und vier schwer verletzt wurden.

**Sof.** Ein Opfer zu starken Schnüren. Bei einem Hochzeitstanz in Hohendorf stürzte plötzlich die Braut infolge zu starken Schnürens vom Schlage getroffen tot nieder.

**Leimberg.** Die galizische Stadt Turka wurde am Sonnabend von einer Feuerbrunst heimgesucht, welcher bis gegen Abend zweihundert Häuser zum Opfer fielen.

**Wien.** Im Verleumdungsprozeß der Berliner Versicherungsgesellschaft „Victoria“ gegen den früheren Generalagenten der Gesellschaft in Oesterreich, Agai, wegen zahlreicher durch die Presse und in einer Broschüre gegen die Gesellschaft erhobenen schweren Vorwürfe wurde Sonnabend nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Agai wurde in 28 Punkten freigesprochen und in 8 Punkten verurteilt. Das Urteil lautete auf 1 Monat einfachen Arrest.

**Trient.** An Pilzvergiftung starben von einer Familie in Vestanancora drei Personen; zwei liegen noch hoffnungslos darnieder. — Bei einem Bergsturz im Pineidale wurde eine Person getötet, zwei verletzt; weitere Bergstürze werden befürchtet.

**New York.** Die Beulenpest wüthet in Santa

(Peru). Innerhalb drei Stunden fielen der Krankheit 10 Personen zum Opfer.

**Bombay.** Der Monsun ist plötzlich eingetreten.

**Südböcker Marktpreise vom 11. Juni.**

Bauern-Butter Pfd. 1,00 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,10 Mk., Gafen Std. — Mk., Enten Std. 3,50 Mk., Gähner Std. 1,80 Mk., Küten Std. 1,20 Mk., Tauben Std. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Klügans — Mk., Schweinskopf, Pfd. 0,40 Mk., Schinken Pfd. 0,90 Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 11 Std. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Biter 50 Pfg., Karpfen Pfd. — Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Geute Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Hai Pfd. 0,90 Mk.

**Südböcker Getreidepreise vom 11. Juni.**

Weizen 122/30 Pfd. holl., Mk. 15,50—16,50, Roggen 118/126 Pfd. holl. Mk. 12,50—13,50, Gerste Mk. 13,50—14,50, Futtergerste Mk. 12,50—13,00, Erbsen, Koch, Mk. 18,00 bis 23,00, Futtererbsen Mk. 15,00—15,50, Hafer Mk. 12,50—14,50, Alles per 100 kg Netto.

**Sternschanz-Viehmarkt.**

Hamburg, 11. Juni.

Der Schweinehandel verlief ziemlich lebhaft. Geführt wurden 1851 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verbandschweine, schwere 48—49 Mk., leichte 50—51 Mk., Sauen 37—44 Mk. und Ferkel 44—48 Mk. pro 100 Pfund.

**Buchholz-Verkauf.**

Israelsdorfer Forstrevier.

Am Mittwoch den 15. Juni, vorm. 9 Uhr, beim Gastwirt Hilde, Israelsdorfer Allee.

40 Hufen buchen, eichen und erlen Buch.

62 Hufen buchen und eichen Buch.

39 Hufen buchen Buch.

Freitagabend 7 Uhr starb plötzlich und unerwartet meine liebe Frau **Bertha** und meiner Kinder treusorgende Mutter im 44. Lebensjahre. Tiefbetrauert und schmerzlich vermisst von mir, meinen Kindern und allen, die ihr nahe standen.

**C. Will.**

Die Beerdigung findet Dienstag den 14. Juni, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Sedanstraße 6a, aus statt.

Sonnabendmorgen entließ ich nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und meine gute Schwester

**Albertine Schultz**

geb. Müller

im Alter von 56 Jahren.

Tief betrauert und schmerzlich vermisst von den Hinterbliebenen.

**Friedr. Schultz.**

**Mathilde Ladwig,** geb. Müller.

Beerdigung Dienstag den 14. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Friedeustraße 25, aus.

**Verband der Müller.**

**Nachruf.**

Am Sonntag den 11. Juni starb unser treues Mitglied

**Friedrich Pahl.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag den 14. Juni, morgens 10 1/2 Uhr, statt. Begräbnis der Kollegen um 9 1/2 Uhr im Vereinshaus.

Um rege Beteiligung ersucht

**Der Vorstand.**

**Arbeiter-Bildungsschule Lübeck**

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unseren Mitgliedern Kenntnis zu geben von dem am Sonntagmorgen nach langem schweren Leiden erfolgten Ableben des würdevoll und mitreue Mitglieds und langjährigen Gründers unserer Schule und leitenden Lehrers **Friedrich Pahl**.

Wir werden seinen nachgelassenen Hinterlassenen ein ehrendes Andenken bewahren!

**Der Vorstand.**

Die Beerdigung findet am morgigen Donnerstagmorgen 10 1/2 Uhr von der Kapelle (Südweg) aus statt.

Am 1. Juli Wohnungen von 150 und 200 Mark

Verdingungsliste 28.

**Barbieregehülfe zu sofort gesucht.**

**W. Schmalzfeld**

Verdingungsliste 44.

**Gesucht Land- und Meiereimädchen**

Fräulein Auguste Syka, Erlangenstraße, Sedanstraße 69, I.

Bügel zu verkaufen I. Adolfsplatz 14. Schmalzfeld, Adolfsplatz 14. Red. Reichmann und neues 2. Adolfsplatz.

Verdingungsliste 37.

**Fahrrad billig zu verkaufen**

Verdingungsliste 62.

**Eine Haberbank zu verkaufen**

Verdingungsliste 32.

Erschienen :

# Weltall und Menschheit.

## Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

**Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,** zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten Mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

### Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrasse 50.

**Konzerthaus Fünfhausen.**

Am Montag den 13. und Dienstag den 14. Juni, nachm. 4 Uhr und abends 6 Uhr:

## Vorstellung und Konzert.

Aufstellung von Marmorgruppen u. lebenden Bildern nach der Antike.

Sämtliche Bilder und Gruppen werden von Personen gestellt.

**Vollständig neue Kostüme und Dekorationen.**

Die farbige Beleuchtung geschieht durch einen extra zu diesem Zwecke konstruierten Bühnen-Beleuchtungs-Apparat.

Preise der Plätze: 1. Platz 60 Pfg., 2. Platz 40 Pfg., Kinder die Hälfte.

Verkauf in der Fingerringhandlung von **C. Lohmann**, Hoffstraße 41, Ecke der Obertrave.

Programme und photographische Aufnahmen einiger Gruppen daselbst im Schaufenster.

Ihren reinigen . 1,50,  
Federeinstechen . 1,50,  
1 Jahr Garantie. **Aug. Böttner,**  
Hr. Kaiserstr. 32.

**Frühes Wildfleisch**

Pfd. 25 Pfg. empfiehlt

**C. Beerckart, Gr. Burgstraße 38.**

**Collagen ein Kanarienvogel**

am Sonntagmorgen. Abzugeben gegen Belohnung. **Verdingungsliste 21, I.**

**Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband.**

(Zahlstelle Lübeck)

## Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 14. Juni

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53

Tages-Ordnung:

1. Wahl von zwei Delegierten zum Verbandstag in Dresden.
2. Zweite Verhandlungsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

**Die Ortsverwaltung.**

**Fahrrad-Haus. H. A. Hill**

Vernickelungs- und Emailieranstalt. **Johannisstr. 9.**

Größte Reparaturwerkstatt Lübeck.

Mäntel, früher 7 Mark jetzt **Mk. 5,50**

Schläuche, früher 4 Mk. jetzt **Mk. 2,80**

Centrum Mäntel, früher 10 Mk., jetzt **Mk. 8,00**

Ladlose frische Ware, volle Garantie.

Neue Fahrräder, 1 Jahr Garantie, Mk. 85.

**Klub Germania**

Bei der am 12. Juni stattgefundenen Tombola wurden folgende Nummern als Gewinne gezogen:

60	66	73	75	79	88	100
102	119	142	163	187	225	260
261	291	318	335	362	367	380
457	465	466	470	477	479	496
526	550	595	599	605	645	688
716	730	749	752	755	763	764
777	778	840	871	881	895	939
952	963	1003	1040	1068	1137	1139
1147	1159	1169	1194	1236	1250	1271
1276	1292	1316	1319	1325	1337	1393
1402	1412	1452	1454	1467	1489	1535
1543	1578	1581	1590	1620	1673	1677
1688	1704	1735	1767	1771	1818	1834
1846	1854	1885	1911	1923	1927	1947
1960	1977					

Die Gewinne sind bis zum 1. Juli bei Herrn Koch, „Einseger“, abzuholen. Gewinne, welche bis dahin nicht abgeholt sind, verfallen dem Klub.

**Der Vorstand.**

Bemerkung: Der Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung ist die Redaktion der „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: **Otto Friedrich**. — Bemerkung: Der Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: **Johannes Stellin**. — Druck: **Theodor Schwarz**. — Druck von **Friedr. Meyer & Co.** — Sämtliche in Lübeck.



## Die Ausübung des Koalitionsrechts ein Verstoß gegen Treu und Glauben.

Ein unglaubliches Urteil hat das Gewerbegericht in Chemnitz in einer an sich belanglosen Sache unter dem Vorsitz des Gewerberichters Schwankung gefällt. Ein organisierter Maurer war ohne Angabe von Gründen plötzlich entlassen worden; ein Recht auf Kündigung hatte der Arbeiter nicht, weil eine solche durch Vertrag ausgeschlossen war. Der Entlassene glaubte aber Anrecht darauf zu haben, für den Entlassungstag volle Bezahlung verlangen zu können. Es läge kein Grund zur Aufregung vor, wenn der Kläger unter irgend einer plausible Begründung abgewiesen worden wäre, obgleich eine solche Entscheidung gegen den Geist der gesetzlichen Bestimmungen verstoßen würde. In diesem Falle ist es aber gerade die Begründung, die das abweisende Urteil zu einer Ungeheuerlichkeit stampelt.

Es stellte sich in der Verhandlung heraus, daß der Maurer entlassen worden ist, weil er in seiner freien Zeit für den Maurerverband agitiert hat; er wurde deshalb von dem verklagten Bauunternehmer als „Wühler“ bezeichnet. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache steuerte der Vorsitzende des Gewerbegerichts die Klage in auffälliger Weise auf einen bestimmten Punkt zu. Er war nämlich ganz von selbst, ohne von dem Kläger dazu veranlaßt worden zu sein, die Frage auf, „ob der Kläger durch sein Verhalten gegen Treu und Glauben verstoßen habe.“ Es muß ganz besonders betont werden, daß nichts weiter bemerkt worden ist, als daß der entlassene Maurer in der Weise von seinem ihm reichsgesetzlich garantierten Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hat, daß er in den Pausen für seine Berufsorganisation agitiert hat. Die Sache wurde jedoch schließlich vertagt; offenbar wollte sich Herr Schwankung erst noch Rat holen, ob er das Verhalten des Klägers als gegen Treu und Glauben verstoßend hinstellen und deshalb die Klage abweisen könnte. Im zweiten Termine erfolgte denn auch die Abweisung des Klägers mit folgender Begründung: „In konstanter Rechtsprechung habe auf Grund des § 157 B. G. B. das Gewerbegericht auch bei Kündigungsaußschluß den Standpunkt vertreten, daß mitten in der Arbeitszeit kein geeigneter Zeitpunkt zur Entlassung sei, weil dadurch der Arbeiter an der Ausübung seiner Arbeitskraft gehindert werde. Diese Fiktion beruhe auf Treu und Glauben und sei selbstverständlich gegenständig anzunehmen. Das Gericht sei aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Kläger Treu und Glauben verlegt habe, indem er auf dem Werkplatz des Beklagten eine agitatorische Tätigkeit für die Organisation entwickelt habe, zu einer Zeit, da durch einen Streik, der in Aussicht stehe, die Arbeitsbedingungen verbessert werden sollten, daß also ein Zwangsmittel gegen die Unternehmer angewendet werden solle, das der Verband in die Hand nehme. Die Entlassung habe das Gericht deswegen als gerechtfertigt anerkannt müssen und deshalb die Klage abgewiesen.“

Eine solche Entscheidung sollte man auch im Zeitalter der Klassenjustiz für unmöglich halten. Verschreiten die Gewerbegerichte diesen Weg weiter, dann werden organisierte Arbeiter, die in der Frühstückspause für ihre Organisationsmitglieder zu werben suchen, einfach für rechtlos, aller zivilrechtlichen Ansprüche aus dem Arbeitsvertrage gewissermaßen für unwürdig erklärt. Man bedenke, daß der organisierte Maurer nur während der Pausen, also in seiner freien Zeit, in der er doch machen kann, was er will, für seine Berufsorganisation agitiert hat. Das mag manchem Unternehmer nicht angenehm sein, aber wie ein Gericht lediglich auf Grund dieser Tatsache zu der Ansicht kommen kann, es liege hier ein Verstoß gegen

Treu und Glauben vor, der Herkommen und Verträge breche, ist einfach unfassbar. Wir haben schon betont, daß es sich in diesem Falle um ein unwesentliches Klageobjekt handelt; mit der Begründung des Chemnitzer Gewerbegerichts kann man aber auch Ausprüche auf Entschädigung auf Grund eines Arbeitsvertrages wegen Entlassung ohne Kündigung abweisen, mit solchen Gründen erklärt man, wie schon angedeutet, organisierte Arbeiter überhaupt für rechtlos.

Welche Perspektiven eröffnen sich mit Hilfe dieser Urteilsbegründung für das verfolgungsfähige Unternehmertum! Die organisierten Arbeiter werden beinahe für vogelfrei erklärt, sofern sie nur auf dem Werkplatz in der freien Zeit von ihrer Berufsorganisation gesprochen haben. Kein Vertrag, keine sonstige Abmachung schützt den organisierten Arbeiter mehr vor sofortiger Anwendung der Hungerpeitsche durch den Unternehmer. Wer hinderte schließlich, ist der Weg einmal betreten, den Chemnitzer oder einen anderen Gewerberichter, schon die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation als einen Verstoß gegen Treu und Glauben zu erklären? Man sieht, daß der Klassenjustiz neue Wege eröffnet sind. Die Arbeiter aber haben alle Veranlassung, mit aller Entschiedenheit gegen die Urteilsbegründung des Chemnitzer Gewerberichters zu protestieren. Solche Entscheidungen müssen auch in Versammlungen gebührend gewürdigt werden, damit die Arbeiterklasse sieht, wie die Dinge stehen, wie die tatsächliche Gerechtigkeit aussieht.

Eine Ironie des Zufalls ist es, daß es jetzt in Chemnitz derselben Organisation, gegen die sich das obige Urteil erlassen ist, zu danken ist, wenn es nicht zu einem allgemeinen Maurerstreik gekommen ist. Schon lange drängten die jüngeren und indifferenten Elemente unter den Chemnitzer Mauern dahin, höhere Löhne durch einen Ausstand zu erzwingen. Jetzt ist es aber der Maurerorganisation in einer Versammlung, zu der der Verbandsvorsitzende Bömelburg erschienen war, gelungen, die ungestümen Dränger zum Streik unter den Mauern von ihrem Vorhaben abzubringen. Man hat beschlossen, den Weg der Vermittlung zu versuchen. Die Chemnitzer Unternehmer haben es allein der Organisation zu danken, wenn es nicht zum Ausstand gekommen ist. Und unter solchen Umständen findet sich ein Gewerbegericht, das die Werbearbeit für eine solche Organisation als gegen Treu und Glauben verstoßend erklärt!

## Saarabien vor Gericht.

Im Saarbrücker Prozeß erklärte Mittwoch nachmittag der pensionierte Bergmann Schneider aus Büttlingen, der Obersteiger Schmidt I habe ihn wiederholt wegen seiner Stimmabgabe für den Zentrums-Kandidaten zur Rede gestellt und zu ihm gesagt: „Sie haben Euler gewählt, den nächsten Monat können Sie zu Euler gehen, dann kann dieser Ihnen etwas geben. Wenn wir Ihnen auch nichts mehr machen können Ihres Alters wegen, Sie haben aber eine Nachkommung, diesen werden wir dafür bekommen.“ Im Juli 1898 seien ihm alle Vertrauensposten abgenommen worden. Er sei schließlich in die Kotte verlegt worden und mußte Menschenkot aus der Grube heraus schaffen.

Der Fahrsteiger David II lehnt unter Berufung auf seinen Dienst die Verantwortung einer Reihe von Fragen ab, so auf die Frage, ob er auf den Hinweis eines Inspektors, daß Aussicht auf Beförderung nur habe, wer „waschecht“ sei, erwidert habe: „Ich habe zu meiner höheren Behörde ein ganz anderes Vertrauen. Darauf habe der Inspektor lächelnd mit den Achseln gezeit und gesagt: Es ist einmal so. Auch auf die Frage, ob der Bergwerksdirektor Tiefenhoff bei einer geselligen Zusammenkunft zu ihm gesagt habe: Sie werden wegen Ihrer politischen Gesinnung geknautet werden, lehnte der Zeuge die Verantwortung ab. Der Vorsitzende meinte, es sei nicht ausgeschlossen, daß

In diesem Momente rollte der Pedant zu Boden; ein besonderes Krachen begleitete seinen Fall, der schwere Mann war mit seinem würdigen Sessel zusammengebrochen und sah einer Schilbkröte ähnlich, als er am Boden lag. — In seinem Falle hatte er unwillkürlich einen Bissel des Lichtschers erfaßt und ein Regen von Geschirren nebst deren Inhalt fiel auf ihn nieder. Von dem Lärmen erwachte die übrige Gesellschaft. Der Tyrann half dem alten Komiker auf die Beine. Der Lärm hatte zugleich Isabella, Serafina und die Duenna auf die Schwelle des Gemaches gelockt. Obgleich ein wenig blaß und ermüdet aussehend, waren die beiden jungen Frauenzimmer dennoch reizend im Schimmer des Tages. Für Sigognac waren sie die blendendsten Erscheinungen in der Welt, während ein Kenner die Toilette wohl für verschossen und zusammengeschrumpft erklärt haben würde, allein was tut es, wenn auch einige Bänder zerknittert, die Kleider und Stoffe abgetragen sind, wenn nur die Trägerinnen im Reize der Schönheit und Jugend vor uns stehen. Die Augen des Barons, nur an alternde faßliche Dinge gewöhnt, vermochten solche Mängel nicht zu erkennen. Serafina und Isabella erschienen ihm als Feen in dem wüsten Schlosse, ihre graziosen Erscheinungen machten auf ihn den Eindruck, als habe er geträumt. Die Duenna hatte das Privilegium, häßlich zu sein und das Morgenlicht raubte ihr keinen Bollbreit dieses Vorzuges. Pierre trat ein, um den Saal zu ordnen, Feuer anzumachen und die Reste der Festlichkeit verschwinden zu lassen.

Der junge Baron hatte Pierre bei Seite genommen, um zu erfahren, ob nicht einige Duzend Eier zum Frühstück für die Komödianten zu erhalten seien, oder ob man nicht einigen Hühnern den Hals umdrehen könne, und der alte Lener hatte sich schnell verabschiedet, den Auftrag zu erfüllen, weil die Truppe beschossen hatte, bald aufzubrechen, um eine gute Strecke reifen und nicht allzuspät das Nachtquartier einzunehmen zu können.

„Sie werden ein mageres Frühstück erhalten,“ sagte

auch auf einer geselligen Zusammenkunft eine amtliche Anerkennung erfolgen könne. Der Gerichtshof bezeichnete die Vernehmung des Zeugen über diese Fragen als unzulässig, da letzter Behörde nicht ausfragen dürfe. Verteidiger Seine erklärte darauf, er werde sogleich telegraphisch die Genehmigung des Ministers einholen.

Silger gab zu, daß ein Bergmann Naumann entlassen sei nach dem Besuch einer Versammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Bergmann Müller XII behauptete, daß er zum Maßstab verwendet worden sei, vermutlich weil er einen Stimmzettel des nationalliberalen Kandidaten zurückgewiesen habe und erzählt worden sei, daß er ein Hoch auf den Zentrums-Kandidaten Fuchs ausgebracht habe. Als Silger darauf hinwies, daß in jeder Abteilung ein Maßmacher sein müsse und daß zum Maßmachen nur ganz zuverlässige Leute genommen würden, antwortete der Zeuge, daß sein Vorgänger als Maßmacher ein junger Mann von 16 Jahren war und daß, soviel ihm bekannt sei, zu Maßmachern nur invalide und ganz junge Leute genommen würden.

Silger ließ seinen Bergarbeitern auch gern einen kleinen Nebenverdienst zukommen. So erhielt der Bergmann Schmidt zwanzig Mark aus der Unterstützungs-Kasse und hatte sich dafür nur der kleinen Mühe zu unterziehen, eine Wirtschaft, in der seine Kollegen verkehrten, so dann und wann ein klein wenig zu bespielen.

Dagegen hat sich die königliche Bergwerksdirektion sehr ungeschön gegen den Gendarmen Wallicet benommen, der als guter Katholik für sehr schwarz galt. Wallicet konnte hierüber dem Gerichtshof ein Schreiben vorlegen, das der Berggraf Wiggert an den Gendarmen-Oberwachmeister gefandt hatte. Das Schreiben lautete:

„Wallicet soll sich im Wahlkampf keineswegs unparteiisch benommen haben. Er war in Zentrums-Versammlungen gleich bereit, einen nicht genügend schwarz gefärbten Katholiken hinauszumerfen. Auch soll er bei Verkündung des Wahlergebnisses (Sieg des Zentrums, D. R.) große Freude gezeigt haben. Ich halte die Beförderung eines solchen Beamten für angezeigt, wie ich ihm auch die Wohnung gekündigt habe, die ich für meine Vergleute dringend brauche.“

Wallicet hat später gegen den Berggraf beim Staatsanwalt Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt, ist aber zurückgewiesen worden, weil kein öffentliches Interesse vorliege.

Silger und seine Anwälte schwiegen!

## Soziales und Partelleben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Lohnbewegung der Ziegeleiarbeiter in Uckermark und Umgebung ist beendet. Es gelang den Arbeitern, ihre Forderungen, die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und die Erhöhung der Löhne um 10 v. H., durchzusetzen. Beteiligt waren 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine allgemeine Lohnbewegung der Fleischer Berlin ist zu erwarten. In den nächsten Tagen wird eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der die Forderungen an die Meister aufgestellt werden sollen. — Die Steinbrucharbeiter in Gommern beschloßen, 27–35 Pfennig-Stundenlöhne zu fordern und, falls die Arbeitgeber dieselben ablehnen sollten, sofort in den Streik einzutreten. — In der Bischofsstadt Paderborn befinden sich die Bauarbeiter, Zimmerer, Maurer und Hilfsarbeiter im Ausstand. Die christlichen Arbeitgeber haben den christlichen Arbeitern eine geringe Aufbesserung der erbärmlichen Löhne versprochen. — Bei den Bildhauern der Möbelfabrik Niederhöfer u. Söhne, Ebenkoben (Pfalz), sind Differenzen ausgebrochen. — 200 Textil-

Sigognac zu seinen Gästen. „Aber besser schlecht — als gar nicht speisen, auch gibt es zehn Meilen in der Runde weder ein Wirtshaus, noch den geringsten Mundvorrat. Der Zustand meines Schlosses sagt Ihnen, daß ich nicht reich bin, da aber meine Vorfahren nur im Dienste der Könige, im Kriege diese ruinierenden Ausgaben machten, so darf ich davon sprechen, ohne zu erröten.“

„Durch die Röcher Ihres Rittermantels blüht die Ehre,“ sagte der Tyrann.

„Ich wundere mich nur darüber,“ warf Blasius, der Pedant, ein, „daß sie als junger, vollkommener Edelmann Ihr Leben, Ihre Jugend in dieser Einsamkeit verzwauern, wo das Glück sie nicht suchen wird, den Weg zu diesem Schlosse findet Fortuna nicht. Sie müßten nach Paris gehen, Herr Baron, dem Auge und Mittelpunkt der Welt, dem Standorte der schönen Geister und Verhühnheiten, dem Eldorado, dem gelobten Lande. Dort würden Sie nach Verdienst befördert werden, sei es durch Ansehen an einen Großen oder durch irgend eine glänzende Tat, wozu sich unzweifelhaft Gelegenheit finden würde.“

Diese allerdings komödiantenhaft vorgebrachten Worte waren doch nicht ohne tiefere Sinn. Sigognac fühlte deren Richtigkeit, und oft schon hatte er sich ganz im Stillen während seiner langen Spaziergänge das gesagt — was Blasius jetzt offen ansprach.

Aber die Mittel zu einer so weiten Reise fehlten ihm, und er wußte nicht, wozu er sie nehmen sollte. Obgleich tapfer, war er doch stolz und hatte deshalb mehr Furcht vor einem Hohnlächeln, als vor einem Gegenstoße. Ohne mit dem Roden bekannt zu sein, fühlte er doch, daß er in seinem gegenwärtigen Zustande lächerlich erscheinen müsse. Er hätte sich wohl die Mittel verschaffen können, wäre er im Stande gewesen, bei einigen alten Freunden seines Vaters vorzusprechen, allein auch daran hinderte ihn sein Stolz. Dieser neben dem Wappenstein der Sigognacs verhungern, als ein Wort um eine Anekdote verschwenden.

## Ein armer Edelmann.

Roman von E. H. Gautier.

5. Fortsetzung.

Sigognac vermochte nicht zu schlafen, die Nähe der schönen Frauen erfüllte seinen Kopf mit einem gewissen Schwindel. Ein seltsamer Plan ging durch seine Gedanken. Die Ankunft der Komödianten schien ihm ein Wink des Schicksals, eine Gefandtschaft, welche ihn aufforderte: das öde Schloß zu verlassen, in welchem seine besten Jahre vermoderten, und ein Leben zu meiden, welches nutzlos für ihn selbst und die Menschheit dahin schwand. Der Morgen brach an und sein Licht kämpfte mit dem bleichen Licht der Lampe. Die Gesichtszüge der Schläfer erleuchteten sich seltsam und schienen in zwei Hälften geteilt. Grandier schien aus gellichem Wachs geformt, der hagere langgestreckte Matamore gab ein Bild seines eignen Leichnams ab; heftige gerötete Lippen und blaue Flecken marmorierten das bausäckliche Antlitz des Pedanten. Der Tyrann verhielt sich ruhig mit seinem Stierhaupte und dem dunklen Barte, während die Soubrette das Herannahen des Tages durch gelbes Zucken der Mundwinkel begrüßte. Ein verfohlener Sonnenstrahl glitt zwischen die leeren Flaschen, die halbvollen Gläser und zerstückelten Speisen hindurch und liebkoste das Antlitz des jungen Mädchens, wie ein Faur, der eine entschlafene Nymphe überascht. Der Festsaal bot einen ebenso wüsten als grotesken Anblick dar.

Die Soubrette erwachte zuerst unter dem Ruffe der Morgenröte; sie erhob sich auf ihre kleinen Füße, ordnete ihre Kleider, wie ein Vogel sein Gefieder, fuhr mit der rechten Hand über ihre Haare, um ihnen ein wenig Glanz zu geben, und da sie gewahrte, daß der Baron von Sigognac lächelnd sie an seine Seite und grüßte ihn mit einem artigen



arbeiter und Arbeiterinnen in Göteborg haben am Montag die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer es ablehnten, über eine Regelung der Arbeitslöhne zu verhandeln. Auch die Postarbeiter von Göteborg sind zum Teil ausgesperrt worden, nachdem sich ihre Organisation vergebens bemüht hatte, auf friedlichem Wege eine Regelung der Löhne zu erzielen. Die Aussperrung wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich auf alle Betriebe ausgedehnt werden.

**Opfer des § 153 der G.-O.** Bei einem Mauerstreik auf einem Neubau in Gumbin-Neustra hatten die Bauarbeiter Hegewald und Hühle aus Prossis Arbeitswilligkeitsdienste geleistet. Ihnen soll der am Streik mit beteiligte Maurer Katoi gesagt haben: „Schämt Ihr Euch nicht? Je älter Ihr werdet, desto dümmere werdet Ihr auch.“ usw. Auch soll er eine „brohende Haltung“ eingenommen haben, wodurch sich besonders Hegewald sehr empfindlich gefühlt hat. Wegen dieser Missfakten verurteilte das Schöffengericht in Dresden Katoi zu 3 Monaten Gefängnis.

**Die Rache des Hofmaurermeisters.** Die Maurer in Ballenstedt a. H., die sich seit 8 Tagen in der Lohnbewegung befinden, haben unter miserablen Lebensverhältnissen zu leiden. Ihr Jahreseinkommen beträgt im Durchschnitt ganze 650 Mk., während die Maurer selbst in den kleinsten Orten der Umgegend über 750 Mk. verdienen! Daß das ein unhaltbarer Zustand ist, hat selbst der Bürgermeister eingesehen, denn unter Berufung auf diese Tatsache hat er seine Vermittlung an. Während die Arbeiter bereit waren, sie anzunehmen, lehnten die Arbeitgeber trotz aller Bitten ab. Da die Arbeiter trotzdem an ihren Forderungen festhalten, sucht der Kaiser im Streit sie jetzt überall auf andere Art zu schädigen. Einem Gesellen stellte er ein Zeugnis aus, das im Original der Redaktion der „Magdeburger Volksstimme“ vorlag und folgenden Wortlaut hat:

Ballenstedt, 6. Juni 1904.  
Der Maurermeister C. E. von hier hat bis zum 27. Mai cr. bei mir in Arbeit gestanden und hat derselbe infolge des hiesigen Maurerstreiks die Arbeit niedergelegt. Derselbe war Mitglied der hiesigen Diskontokasse für das Maurer- und Zimmerergewerbe.

Rudolf Banje, Herzogl. Hofmaurermeister.  
Da das Zeugnis nicht den Anforderungen der Gewerbeordnung entspricht, wird sich der Herr Hofmaurermeister zur Ausstellung eines anderen bequemen müssen.

**10. Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher.** Die Sitzung am Donnerstag begann mit der Verhandlung über Agitation und Bekämpfung der Heimarbeit durch die Organisation. Simon, der über diesen Punkt referierte, wies auf die Schäden der Heimarbeit hin und führte aus, daß die Zahl der Heimarbeiter in der Schuhindustrie erheblich höher sei als die in der Reichstatistik angegebene. Während die amtliche Statistik nur etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie als Heimarbeiter angibt, habe eine gleichzeitige Statistik der Organisation festgestellt, daß deren in 45 Orten über 4000 weibliche und über 8000 männliche vorhanden sind. In Deutschland müßen danach 18-20000 Personen als Heimarbeiter in der Schuhindustrie ständig beschäftigt sein. Es müße ein Hauptziel der Agitation sein, die Heimarbeiter mehr als bisher für die Organisation zu gewinnen. Das sei schwierig, aber nicht unmöglich, wie der Erfolg in Birmahen beweise, wo jetzt ein großer Teil der Heimarbeiter organisiert sei. Um eine intensive und erfolgreiche Agitation betreiben zu können, schlägt der Vorstand vor, aus den jetzt bestehenden 16 Agitationskreisen 10 Gebiete zu bilden, und in denjenigen Gebieten, wo die Organisation im Einzelnen mit dem Vorstand und Ausschuß es für notwendig und durchführbar hält, besondere Komitees anzusetzen. Mit der Zeit müsse es dahin kommen, daß jeder der 10 Gebiete einen bestimmten Beamten bekomme. Nach Schluß der Diskussion, die im allgemeinen mit dem Referat übereinstimmte, wurde eine Besetzung des Vorstandes angenommen, welche sich mit den letzten Änderungen des Statuts befreit, 10 Gebiete und Anzahlung der Beamten, wo es erforderlich erscheint. Die vorgeschlagenen Kräfte auf Agitation der Beamten für bestmögliche Besetzung beim Vorstand überweisen. Ein Antrag, mit dem Vorstand der Arbeiter wegen Vertretung in Verbindung zu treten, wurde angenommen. Die Vertretung des Stipes des Vorstandes nach Berlin, die nurmehr zur Verhandlung gestellt wurde, wurde von Agitation Berlin mit folgenden Gründen, vom Vorstandswortführer teilweise zurückgewiesen, zurückgewiesen. Dieser Vorlesung trat der Haupt-

vorstehende Simon in längerer Rede entgegen, worauf die Sitzung vertagt wurde.

**Der 11. Verbandstag des Zentralverbandes Deutscher Brauereiarbeiter in Frankfurt a. M.** eröffnete am Donnerstag in lebhafter Diskussion die Höhe der Beiträge. Der Antrag auf Erhöhung der Wochenbeiträge auf 50 Pf. wurde mit 32 gegen 12 Stimmen abgelehnt und bezüglich des weiteren Antrages, den Wochenbeitrag auf 40 Pf. zu fixieren, fielen 22 Stimmen dafür und ebenso viele dagegen. Der Vorsitzende konstatierte, daß demnach statutenmäßig auch dieser Antrag gefallen sei. Das Resultat ist lebhafter Bewegung hervor. Man trat sodann in die Verhandlung bezüglich der Anträge über das Unterstützungswesen ein. In der Hauptsache handelte es sich dabei um einen Antrag des Hauptvorstandes, welcher damit einem Auftrage der Hamburger Generalversammlung nachkam. Bauer-Hannover erklärte, daß diese Materie mit der vorher erledigten Beitragssache absolut nicht in einen Topf geworfen werden dürfe. Hier wurde den Mitgliedern etwas Konkretes geboten, und man solle sich darüber klar werden, daß mit Annahme dieses Antrages die Agitation erleichtert werde. Von Seiten einiger Gegner der Beitragserhöhung wurde dieser Antrag lediglich als eine verächtliche Wiederholung des vorher abgelehnten betrachtet, während andere Gegner zugestanden, daß sie unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen vor ihren Wählern eine Erhöhung des Beitrages verantworten könnten. Von Seiten Neumann-Berlin wurde zum Vorstandsantrage eine anderweite Staffellung vorgeschlagen und Bauer zog zu dessen Gunsten die Vorstandsstellung zurück. Abermals erfolgte namentliche Abstimmung und der kombinierte Antrag des Hauptvorstandes mit der Neumannschen Staffellung wurde mit 36 gegen 8 Stimmen angenommen. Danach werden für Krankenunterstützung und Sterbegeld wöchentlich Beiträge von 10 Pf. von den männlichen und 5 Pf. von den weiblichen Mitgliedern erhoben, die Beiträge also auf 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Die Karenzzeit von 14 Tagen zum Bezuge der Unterstützung bleibt bestehen, bezüglih auch die Bestimmung über die Wartezeit der ausgesetzten Mitglieder bis zum Beginn des neuen Unterstützungsanspruches. Die Unterstützung bei halbjähriger Mitgliedschaft fällt fort. Krankenunterstützung: bei einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von 1 Jahr (52 Wochen) pro Tag 1 Mk. bis zu 45 Tagen, 3 Jahren (156 " " " " " " " 60 " 5 " (260 " " " " " " " 75 " 7 " (364 " " " " " " " 90 "

**Arbeiter-solidarität — Unternehmerröhm.** Wie schon an dieser Stelle unlängst berichtet, ist die Zigarettenfabrik Gebr. Bering in Wernigerode eingegangen, wodurch circa 150 Arbeiter brotlos wurden. Einen glänzenden Beweis der Solidarität haben daraufhin die organisierten ledigen Kollegen der Firma v. d. Weden u. Bernsen gezeigt, indem viele derselben sofort christen, um den verheirateten arbeitslosen Kollegen mit teilweise großer Familie ihren Arbeitsplatz einzuräumen. Leider konnten aber nicht alle untergebracht werden, und so ging nun einer der arbeitslosen Familienväter nach seinem früheren Meister (die Firma beschäftigte noch 3 bis 4 Moller zum Aufarbeiten des noch vorhandenen Rohmaterials) und fragte an, ob nicht auch für ihn auf einige Zeit Arbeit da sei. Leider waren keine Bemühungen ohne Erfolg; der Mann hat 7 Kinder zu ernähren. Zu derselben Zeit wurde aber von dieser Firma ein junges Mädchen zum Stellen angestellt! Das ist für die Firma natürlich stiller.

**Der Ring der Arbeitgeber, d. h. die Organisation der „Hauptstelle“** der Deutschen Arbeitgeber-Verände, ist nun jetzt auch zum formellen Abschluß gekommen. In einer beschleunigten Versammlung in Berlin wurden die Beitragsverpflichtungen der angeschlossenen Verbände gegenüber der Hauptstelle geordnet und ebenso einstimmig die Wahlen in den Vorstand und Ausschuß der Hauptstelle

vollzogen. Dabei wurden eine Stelle im Vorstande und zwei Sitze im Ausschusse offen gelassen, und diese Organe ermächtigt, dieselben Stellen durch Angehörige der noch fernherin beitretenden Verbände zu besetzen. Zum Schluß wurde der Vorstand ermächtigt, unter Zustimmung des Ausschusses, Kartellverträge mit den dazu berechneten Organisationen abzuschließen. „Schon jetzt“, so triumphierte Herr Buech, „wo noch viele Verbände mit ihren Organisationsarbeiten nicht zu Ende gekommen sind, bildet die Hauptstelle eine so machtvolle Vereinigung deutscher Arbeitgeber, wie sie sich noch nirgals auch nur annähernd in gleichem Umfang zusammengeschlossen haben, und die in sicherer Aussicht stehenden Beitrittserklärungen der nächsten Wochen werden diese Organisationen noch sehr erheblich verstärken. So darf jetzt gehofft werden, daß auch der Zusammenschluß aller deutschen Arbeitgeber in absehbarer Zeit erreicht werden wird. — Arbeiter, beantwortet den Zusammenschluß der Ausbeuter damit, daß ihr auch den letzten eurer Erwerbsgenossen den Zentralverbänden zuführt!

**Die Erregung unter den Bergarbeitern des Ruhrreviers** ist, so konstatiert die „Bergarbeiter-Zeitung“, so gewaltig, daß es den Führern kaum noch möglich ist, die Leute von einem Streik zurückzuhalten. Unschicklich das Fallen der Löhne bei steigenden Dividenden, das Ueberhandnehmen des Strafwesens und des Wagnens, rücksichtslose Antreiberi und Ueberwachungen (bis 40 Schlägen im Monat), schlechte Behandlung seitens der Beamten. Das Blatt warnt aber, jetzt in einen Streik zu treten, und schiebt die Verantwortung für einen plötzlich ausbrechenden Streik den Werkbesitzern und den Behörden zu, die die Vertreter der Arbeiter zur Vorbringung der Klagen und Beschwerden nicht empfangen.

**Wegen Verleumdung des Oberamtsrichters Hauptmann in Eilenburg, dem er Verletzung der Richterplichten in einem Alimentationsprozesse vorgeworfen hatte, wurde Genosse H. Direktor von der „Pfalz-Post“ in Ludwigshafen auch in der Berufungsinstanz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.**

### Aus Nah und Fern.

**Leichtfertige Anzeige eines Polizeibeamten.** In Snoratzlaw (Posen) zeigte der Polizeiwachtmeister Krieger einen Kradfahrer an, weil derselbe auf dem Trottoir gefahren sein sollte. Der Kradfahrer erhielt ein Strafmandat, wegen er gerichtliche Entscheidung beantragte. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Beamte nur auf eine Erzählung eines Kutschers hin Anzeige erstattet hat. Der Kradfahrer wurde daraufhin freigesprochen. Wegen der „überaus leichtfertigen“ Meldung des Polizeibeamten wurden diesem die gesamten Kosten auferlegt. Recht so!

**Eine Meineidsaffäre** macht in Hannover von sich reden. Der Bauunternehmer Otleben ist wegen Verleitung zum Meineid verhaftet worden. Er übte auf sein Dienstmädchen Reibenstein, mit dem er über sechs Jahre lang in intimer Verkehr stand, eine unheimliche Gewalt aus. Der brave Armenvater hat mit dem Mädchen getan, was er wollte. Seiner Pflicht, Invalidenmarken zu kleben, ist er nicht nachgekommen und deshalb hat er die Kosten des Aufenthalts der R. in St. Andreasberg der Landesversicherungsanstalt wieder ersetzen müssen. Als die Kur beendet war, wollte die R. nicht mehr in den Dienst bei Otleben eintreten, sie empfand einen Widerwillen vor dem Verhältnis. Lediglich um der Kinder Otlebens willen kehrte sie aber auf Bitten der Dienstherrschaft und ihrer Eltern wieder in den Dienst zurück. Nachdem ihr Kind geboren, bestellte Otleben die R. nach irgend einem Plage und gab ihr dort einige Mark Geld. Dabei fügte er immer hinzu, das sei für sie periphalisch, für das Kind werde das Kathaus schon sorgen. Otleben war Armenvater und hatte, wie der „Volkswille“ schreibt, jedenfalls vor sich für Unterstützung des Kindes bei der Armenverwaltung zu verwenden. Otleben wußte das von ihm verführte Mädchen in volle Sicherheit zu wegen. Lediglich um den Mann, der so schändlich an ihr gehandelt, der seine Autorität als Dienstherr in so ordinärer Weise mißbraucht hat, zu retten, um dessen Familie nicht ins Unglück zu zu führen, leistete die Reibenstein auf Geheiß und Anraten des Otleben einen Meineid. Der Dienstherr allein trägt die Schuld, daß neben ihm auch noch das ins Verderben gestürzte Mädchen jetzt vor den Pforten des Zuchthauses steht.

„Ich habe mich schon daran gewöhnt,“ antwortete er. „Aber ich hätte keine Freunde in Paris, und die sind meine rücker, ungeheure Vorzüge. Und ich muß mich von dem wahren, richtigen Sigmund hab' paratieren, der aus dem verfallenen Schloße zu ihnen kommt. Dann aber — weshalb soll ich es verziehen — ich hätte keine Ausbreitung, keine Erbauung und keine Hilfe auf einem, welches Namen würdige Hilfe läßt. Ich würde nicht durch, ob ich bis Paris kommen würde, sollte ich auch meine zu Pierre's Hülfsmittel paratieren.“

„Ja und her, als Isabella sich mit gräßlicher Bewegung aufste und vor Blaise und dem Baron Platz nahm. „Nur Dichter hat uns verlassen.“ so begann sie ihre Rede, welche allen Ungeübten ein Ende machen sollte. „Der Herr Baron konnte ihn ersetzen, denn ich habe ganz unerschütterlich einen Nozard aufgeschlagen, den ich vor des Barons Bett fand, und in diesem Bette ein mit Verbesserungen und Strafen versehenes Sonett gefunden, welches von ihm verfaßt sein muß. Er würde das die Rollen einrichten, die nötigen Stücke und Inszenierung besorgen und vielleicht auch noch einer zu beratenden Idee ein Stück schreiben. Ich habe gerade einen italienischen Stoff, aus welchem sich eine gute Rolle für mich gestalten ließe, wenn jemand dem Genossen der die nötige Rundung geben wollte.“

Der junge Baron sagte dies mit einem Tone trübseliger Schwermut, der ihm eigen war, wenn er seiner Armut gedachte; aber, als hätte der wüßige Garten sich heute zeigen wollen, — es leuchteten zwei aufgeblühte wilde Rosen von einem Zweige herab, der sich den jungen Damen in den Weg streckte. Sigmund brach sie und reichte sie galant an Isabella und Serafina, indem er sagte: „Ich glaubte meinen Boden nicht so blumig zu finden. Er bringt nur schlechtes Kraut hervor, und man kann hier nur Strauße von Aesop und Schiller ernten; Sie haben diese Blüten sich entfalten machen — sie sind ein Lächeln inmitten der Trübsale, ein Gedicht unter Ruinen.“

Isabella barg die Blume an ihrer Brust, und warf dem jungen Mann einen Blick des Dankes zu, der ihm sagte, welchen Wert sie auf die einfache Gabe legte. Serafina hielt die Blume an ihre Lippen, als wollte sie die weißen Blätter mit dem Purpur ihres Mundes färben.

So ging man bis zu einer halbzertrümmerten Statue, deren Umrisse sich am Ende der Allee abzeichneten, wobei Sigmund die Zweige zurückbog, welche die Besuchenden etwa zerschneiden konnten. Die junge Komödiantin betrachtete mit einer Art wehmütigen Interesses den mit dem zerfallenen Schloße trefflich harmonierenden, wüßigen Garten. Sie gedachte der ersten Stunden, welche Sigmund, die Stürze gegen die Scheiben gedrückt in diese Wüste blickend, in keiner anderen Gesellschaft als eines weißen Hundes und eines schwarzen Katers, hier verbricht haben mochte. Serafinas Gesicht drückte eine kalte Bewunderung des Verfalls aus. Sigmund erschien ihr gar zu sehr herabgekommen, obwohl sie sonst große Achtung vor Titeln hegte. (Fortsetzung folgt)